Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4,
in Grätz bei Herrn L. Streisand;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Retemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 564.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Freitag, 1. Dezember

Inserate 1¼ Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Monat Dezbr. ein besonderes Abonnement zu dem Preise von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Kommanditen, für Auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. — Bestellungen von Auswärts sind direkt an die Expedition zu richten.

Expedition der Posener Zeitung.

Das Finanz-Exposé des Ministers Camphausen.

Die nationalliberale Korrespondenz schreibt:

Berlin, 30. November. Die Einbringung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1872 ist im Abgeordnetenhause mit einem längeren Exposé des Finanzministers Camphausen begleitet gewesen, welches, bis auf die Verwaltung des Jahres 1870 zurückgreifend, von der Finanzlage des preußischen Staates ein Bild zu entwerfen sich bemüht. Der Herr Finanzminister scheint, wie aus verschiedenen Stellen seiner Rede hervorgeht, selber die Besorgniß zu hegen, daß die Finanzlage Preußens von der öffentlichen Meinung zu glänzend beurtheilt werden möchte und es ist in der That angezeigt, bei Zeiten vor einer Ueberschätzung der bisher erzielten Erfolge zu warnen. Dieselben sind wirklich nicht so glänzend, wie sie erscheinen, wenn man die Ursachen, welchen sie zu verdanken sind, außer Betracht läßt. Das Jahr 1870 hat eigentlich gar keine Ueberschüsse geliefert; denn man kann nicht der laufenden Verwaltung dieses Jahres die Mehreinnahme von 3,366,000 Thlr. zu Gute rechnen, welche in Folge der Abkürzung der Steuerkreditfristen sich ergeben hat; außerdem wurden in Folge des Staatsschulden-Konsolidationsgesetzes zum ersten Male 3,422,000 Thaler gespart, welche sonst zu Zwecken der Schuldentilgung zu verwenden gewesen wären. Wäre mit der Schuldentilgung in der früheren Weise fortgefahren worden und wären die Einnahmen aus den indirekten Steuern durch die Abkürzung der Steuerkreditfristen nicht so erheblich gesteigert worden, so wäre gar kein Ueberschuß erzielt worden. Dazu kommt noch, daß im Etat für 1870 zum ersten Male die Ueberschüsse des Staatsschatzes mit 3,140,000 Thlr. figurirten. Die Finanzverwaltung des Jahres 1870 wird viel besser als durch den „Ueberschuß" durch den Umstand charakterisirt, daß die direkten Steuern nur einen Mehrertrag von 343,000 Thlr. geliefert haben. Es erklärt sich daraus auch, daß der Finanzminister nicht in der Lage war, von den bisher vorliegenden Ergebnissen der Finanzverwaltung des Jahres 1871 ein ebenso erfreuliches Bild zu entwerfen; statt der 3,140,000 Thlr., die 1870 aus den Ueberschüssen des Staatsschatzes zur Verwendung kamen, kommen diesmal nur 2,050,000 Thlr. zur Verwendung; die Ausfälle an den Steuern bestätigen aufs Neue, daß die Nachwirkungen eines Krieges in finanzieller Beziehung immer erst nach einiger Zeit hervorzutreten pflegen. Was die Dispositionen für das Jahr 1872 betrifft, so bleiben dieselben hinter den Erwartungen weit zurück; namentlich hatte man nach den Worten der Königlichen Thronrede erwartet, daß für die Hebung des Unterrichtswesens und zur Besserung der Lage der Lehrer eine erheblichere Summe als 500,000 Thlr. zur Verwendung gelangen werde. Von der schon lange angekündigten „Steuer-Reform" ist noch immer keine Rede; es soll nur Eine Million Thaler zur Erleichterung bei verschiedenen Steuern reservirt werden; an eine so geringfügige Summe ist bei den betreffenden Worten der Thronrede gewiß nicht gedacht worden. Es wird Sache des Abgeordnetenhauses sein, eine Diskussion über diese Punkte anzuregen, womit aber nicht gesagt sein soll, daß irgend ein Grund zu Besorgnissen vorhanden, noch, daß an dem Zustandekommen einer Verständigung mit der Regierung zu zweifeln sei; es ist auf beiden Seiten der gute Wille zu einer solchen vorhanden.

Eine transatlantische Verwickelung.

Wir meldeten vor Kurzem, daß in Folge eines Konfliktes zwischen Offizieren der deutschen Corvette „Nymphe" und Polizeimannschaften in Rio Janeiro in Kiel 3 Kriegsschiffe ausgerüstet worden, um sich sofort nach Brasilien zu begeben.

Diese Angaben werden offiziöser Seits als zu weit gehend bezeichnet. Wie ein Telegramm aus Berlin in unserer gestrigen Morgennummer mittheilte, sind allerdings einige Marineschiffe in Dienst gestellt worden, um ein Evolutionsgeschwader zu bilden, aber dasselbe soll nur einige Zeit „zur Uebung" im atlantischen Ozean kreuzen. „Es läßt sich nämlich beim Kreuzen einzelner Schiffe die gewünschte Uebung nur mangelhaft erreichen. Was von einer sonstigen Bestimmung der in Dienst zu stellenden Schiffe vermuthungsweise ausgesprochen worden, war voreilig." Trotz dieses Dementis glauben wir, daß der Zweck dieser „Kreuzungen" der ist, den diplomatischen Verhandlungen, welche in Folge dieser Verwicklung offenbar eingeleitet worden sind, einen entsprechenden Nachdruck zu geben, denn alle Andeutungen lassen darauf schließen, daß die Angelegenheit in Berlin als ziemlich ernst betrachtet wird. Derselben Ansicht ist die „Kreuzztg.", welche sagt: „Wie wir unsererseits vernehmen, wird die Reichsregierung nichts unterlassen, um in dieser Angelegenheit die nationale Ehre wirksam zu wahren. Bei den Schritten aber, welche zu diesem Zweck erfolgen, sind nicht gleich Demonstrationen mit Streitkräften zu gewärtigen. Vornächst handelt es sich um eine gründliche Feststellung des bei dem genannten Vorfall in Betracht kommenden Thatbestandes.

Ueber den Thatbestand, welcher zu der Differenz Veranlassung gegeben, bringt die Zeitschrift „Im neuen Reich" eine Correspondenz aus Rio vom 21. Oktober. Es ergiebt sich daraus, daß schon einige Tage vor dem 19. drei deutsche Kriegsmatrosen von der „Nymphe" plötzlich und, wie sie behaupteten, ohne Grund in einem Hause überfallen worden waren, die Matrosen hatten sich sehr energisch zur Wehr gesetzt und das Haus lange gegen mehr als 40 Polizeibeamte — eine in Rio sehr übel beleumdete Klasse — vertheidigt bis sie sich ergeben mußten. Sie wurden nach dem Gefängniß abgeführt, doch schon am nächsten Morgen entlassen. Es sollen auch Offiziere der „Nymphe" beim Baden von einem Haufen Polizeibeamten überfallen und nur durch die Energie des Kapitäns vor einem Angriff bewahrt worden sein. Die Luft war also schon schwül und das Weitere wahrscheinlich ein abgekarteter Akt der Rache für den ersten Konflikt. Dem Bericht über den Vorgang am 19. entnehmen wir Folgendes:

Am 19 Abends saß ein Seekadett der Nymphe — der das Lob eines besonnenen und wackeren jungen Mannes hat — mit vier Deckoffizieren des Schiffes in dem Hotel Central, einer anständigen Restauration, wo sie zufällig zusammentrafen, friedlich beim Glase, sie sprachen deutsch, machten weder Lärm, noch erregten sie irgendwie Anstoß. Da traten einige gut gekleidete Männer ins Zimmer, die sich theils englisch theils französisch unterhielten. Einer derselben verließ den Raum wieder, kehrte nach etwa 10 Minuten zurück, warf heftig die Thür zu und stürzte schreiend und gestikulirend auf die deutschen Seeleute los, welche zugleich Geräusch vieler Stimmen vor der Thür zu vernehmen glaubten. Die Deutschen hörten dem heftigen Mann, der jetzt portugiesisch sprach, zu, verstanden aber kein Wort von seinen Deklamationen. Plötzlich fuhr der Zornige auf die Gläser der Deutschen, goß blitzschnell einige Reste des Getränkes zusammen, warf sie dem Maschinisten über den Kopf und gab ihm zugleich eine Ohrfeige. Dieser Deckoffizier hatte mit schweigender Verwunderung die Thätigkeit des Fremden ertragen, jetzt begriff er die Sachlage völlig und schlug den Friedensbrecher mit der Faust so gegen den Kopf, daß dieser rücklings überfiel und sich auf den Boden wand. Sogleich sprangen die anderen Männer in Zivilkleidung auf die Deutschen ein, einer derselben pfiff, die Thüre wurde aufgerissen, etwa 25 bewaffnete Polizeibeamte und mindestens 50 andere Leute, die mit Todtschlägern und Messern bewaffnet waren, stürmten herein und im Nu entspann sich ein blutiger Kampf. Die dünnen Stöcke der Deutschen zerbrachen nach den ersten Hieben. Nur der Steuermann hatte einen kleinen Todtschläger aus Vorsicht in der Tasche, in Erinnerung an die frühere Schlägerei, die übrigen vier vertheidigten sich mit den Stühlen. Dem Bootsmann, welcher der Thür am nächsten war, gelang es sich loszumachen; er bemächtigte sich dort eines Säbels und schlug sich bis zum Landungsplatz durch, wo ihn die Schurken verließen. Der Feuerwerker wurde zuerst von einem Franzosen angegriffen, schlug diesen aber mit einem Stuhle zu Boden, der in Stücke sprang. Auf den See-Kadetten v. Stutterheim warfen sich zwei Polizeibeamte und ein brasilianischer Major. Der Kadett entriß einem der Angreifer einen Säbel und theilte dem Major eine klaffende Wunde quer über die Stirn zu, so daß dieser hinstürzte. Nach diesem verwundete und warf er die beiden Polizeibeamten. Zuletzt aber, nach einem Kampf von fast einer halben Stunde, mußten die Deutschen in dem engen Zimmer der Uebermacht erliegen. Der Feuerwerker und Maschinist wurden zu Boden geschlagen und abgeführt, der Steuermann schlug sich mit seinem Todtschläger bis zur Thür durch. Hier aber brach er zusammen und wurde nun von dem wüthenden Haufen mit Messern und Knütteln so lange zugedeckt, bis sie den Besinnungslosen fortschleppen konnten. Der Seekadett blieb zuletzt allein im Kampfe zurück, mehrere scharfe Hiebe über den Kopf, vier Stiche in der rechten Hand hatten ihn jedoch gezwungen, den brasilianischen Säbel wegzuwerfen und die Polizeileute hieben mit ihren Seitengewehren nun so lange auf ihn, bis er zusammenbrach und unter fortgesetzten Schlägen und Stößen in das Gefängniß getragen wurde. Dort wurde er mit den Deckoffizieren zusammengelegt; die zahlreichen scharfen Hiebwunden wurden ihnen verbunden. Es glückte Landsleuten zu ihnen zu finden und es ist Hoffnung, daß das Abenteuer ihnen keine tödtlichen Wunden hinterlassen hat. Andererseits haben aber die 5 Deutschen nach Angabe der hiesigen Zeitungen 15 von den Zivilisten zu Boden geschlagen und 6 von den Strolchen der Polizei schwer verwundet.

Ein in Rio erscheinendes englisches Blatt, welches als völlig unparteiisch gelten kann, bestätigt im Wesentlichen obige Angaben. Nach dem genannten Blatte hat es sich ebenfalls nicht um eine bloße Wirthshausschlägerei, sondern um einen geplanten brutalen Ueberfall gehandelt, welchem französische Aufhetzung zu Grunde zu liegen scheint und bei dem namentlich die dem Banditenthum sehr nahestehende Polizei mitgewirkt hat, während die angegriffenen Offiziere sich nur in der Nothwehr befunden haben. Ganz übereinstimmende Berichte sind, wie die „Nat.-Z." hört, von Offizieren der „Nymphe" ihren Familien zugegangen.

Die „Kreuzz." meldet:

Nach einem uns so eben über England zugehenden Telegramme aus Rio de Janeiro hat der Instruktionsrichter die fünf, wegen Widerstandes gegen die öffentliche Macht und Verwundungen verhafteten Deutschen, — einen Kadetten, zwei Maschinisten und einen Steuermann der Kaiserlich deutschen Korvette „Nymphe", sowie den Kassirer eines hiesigen Handlungshauses, Palm, — gegen Kaution in Freiheit gesetzt, da die Anklage der Polizeibehörde auf Widerstand (Artikel 116 des brasilianischen Gesetzbuches) sich nicht begründen ließ, dagegen den Prozeß auf leichte Verwundungen (Artikel 210) einzuleiten verordnet, so daß die Stellung einer Kaution gesetzlich zulässig ist. Nach Deponirung der Kautionssumme sind die zur Korvette „Nymphe" gehörigen Personen auf diese zurückgekehrt und hat die Korvette bereits den Hafen von Rio verlassen.

Deutschland.

△ **Berlin**, 30. Novbr. Der Staatshaushalts-Etat, welcher dem Landtage vorgelegt werden wird, berechnet die Einnahmen und Ausgaben auf 186,064,453 Thaler. Die dauernden Ausgaben sind mit 173,479,064 Thaler und die einmaligen und außerordentlichen mit 12,585,389 Thlr. veranschlagt. Es werden eingenommen: von dem Finanz-Ministerium 103,280,193 Thlr., wovon kommen auf die Domänen und Forsten 20,953,931 Thlr., auf die direkten Steuern 44,031,000 Thaler, auf die indirekten Steuern 18,532,000 Thaler, auf die allgemeine Kassen-Verwaltung 14,534,619 Thlr., auf die Lotterie 1,335,500 Thaler u. s. w.: von dem Handelsministerium 67,534,059 Thlr., wovon auf die Verwaltung der Eisenbahn-Angelegenheiten 40,778,922 Thlr., auf die Verwaltung des Berg-, Hütten- und Salinenwesens 26,230,373 Thlr. u. s. w. kommen; von dem Justiz-Ministerium 13,928,400 Thlr., von dem Landwirthschafts-Ministerium 1,008,510 Thlr., von dem Ministerium des Innern 980,266 Thlr. Die dauernden Ausgaben sind angegeben: 1. an Betriebs-, Erhebungs- und Verwaltungskosten der einzelnen Einnahmezweige beim Finanz-Ministerium auf 17,986,073 Thlr., beim Handels-Ministerium auf 46,511,439 Thlr, wovon auf die Verwaltung der Eisenbahn-Angelegenheiten 25,666,835 Thlr. auf die Verwaltung des Berg-, Hütten- und Salinenwesens 20,701,604 Thlr. kommen, bei dem Staatsministerium auf 62,398 Thlr. u. s. w.; 2. an Dotationen auf 28,492,010 Thlr.; 3. an Staats-Verwaltungs-Ausgaben: beim Staats-Ministerium auf 375,465 Thlr., bei dem auswärtigen Ministerium auf 133,900 Thlr., beim Finanzministerium auf 33,902,215 Thlr., beim Handelsministerium auf 10,030,044 Thlr., beim Justizministerium auf 17,397,155 Thlr., beim Ministerium des Innern auf 8,792,813 Thlr., beim Landwirthschafts-Ministerium auf 2,414,958 Thlr., beim Kultus-Ministerium auf 7,135,699 Thlr., für die Hohenzollernschen Lande auf 227,086 Thlr. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben betragen: beim Staatsministerium 40,000, beim Finanzministerium 2,091,430 Thlr., beim Handels-Ministerium 7,039,000 Thlr., beim Justiz-Ministerium 638,000 Thlr., beim Ministerium des Innern 478,928 Thlr., beim Landwirthschafts-Ministerium 348,401 Thlr., bei dem Kultus-Ministerium 1,929,401 Thlr.

⊙ **Berlin**, 30 November. Mit des Reichstags-Etatsrecht ist es seit heute vorbei. Man hat, mit 16 Stimmen Majorität, beschlossen, erst wieder den 1875er Militäretat zu prüfen und bis dahin für 401,000 Mann 90,373,275 Thlr. jährlich auszuwerfen. Dies geschieht durch das wiederholt besprochene Gesetz, das zu Stande gekommen ist durch geheime Verabredungen zwischen Conservativen und einem Theile der National-Liberalen. Der Kriegsminister, der seit einem Vierteljahr mit der Aufstellung eines specialisirten Militäretats alle disponiblen Kräfte seines Ressorts beschäftigte, wollte in der 1872er Frühjahrssession einen ordentlichen Etat dem Reichstage vorlegen. Es versteht sich von selbst daß er hiervon Abstand nimmt, wenn die Reichstagsmajorität ihm sagt: wir geben Dir mehr Geld, als Du verlangst, und dies Plus sichern wir Dir durch einen eisernen Etat bis zum 31. Dezember 1874. Der national-liberale Abg Treitschke sagte dem Hause: Das ist ein „gutes Geschäft", das wir machen. Aber, erwiderte heute der national-liberale Abg. Bamberger, sind wir denn Roßtäuscher, die sich unter einander betrügen wollen? Wir haben hier im Reichstage gar keine sogenannten „guten Geschäfte" zu machen, sondern uns liegt nur ob, mit den Regierungen Deutschlands Interesse wahrzunehmen und des Volkes Rechte zu wahren. Wer, sagte Bamberger ferner, den Militäretat endlich zu regeln, weiter hinausschiebt, der verleugnet alle constitutionelle Principien! So stand Parteimann gegen Parteimann gestern und heute. Forckenbeck, dieser alte Schirmer der Verfassung, gefiel sich in Versicherungen wie der: aber wir haben ja mit anderen Gesetzen so viel zu thun, daß wir zur Prüfung des Militäretats nicht einmal Zeit haben! Und Blanckenburg, diesen wunderlichen Satz weiter anspinnend, bemerkt dazu: Ganz recht, fortan ist einem Familienvater nicht mehr möglich, Abgeordneter zu werden, wenn auch noch der Militäretat geprüft werden soll. Gerade, als wenn dies eine neue, ganz unerhörte Zumuthung wäre! Ja wohl, seines Etatsrechts hat der Reichstag mit seinem heutigen Beschlusse so wahr für immer sich begeben, als im Jahre 1875 kein Ministerium noch daran denken wird, die Aufstellung eines specialisirten Etats überhaupt für möglich zu halten. Und was hat für so unerhörten Verzicht auf gutes Verfassungsrecht die mit Freundschaftserweisungen über eilige Majorität des Reichstages? Nichts, rein nichts. Wohl aber wird jede Regierung fortan so calculiren: haben wir einem Parlament Gegenleistungen zu offeriren, das aus eigener Initiative sein bestes Recht Preis giebt? Mit den heutigen Reichstagsbeschlüssen schließt die Periode des parlamentarischen Selbstbewußtseins.

BAC. **Berlin**, 30. November. Unter den Vorlagen, welche die Thronrede für die Landtagssession ankündigt, wird neben dem Unterrichtsgesetz auch ein Spezialgesetz über die Schulaufsicht angeführt. Es deutet die Einbringung eines solchen Spezialgesetzes wohl darauf hin, daß die Regierung selber in Betreff des Zustandekommens des Unterrichtsgesetzes in der laufenden Session nicht allzugroße Hoffnungen hegt und deshalb einen speziellen Punkt, der von brennendem Interesse ist, aus demselben herausgreift, um ihn zum Gegenstande einer besonderen Vorlage zu machen; es ist dadurch überdies auch die vielfach verbreitete Ansicht widerlegt worden, daß über die Schulaufsicht in der Kreisordnung Bestimmungen getroffen werden würden. Es ist erfreulich, daß die Regierung durch die Einbringung einer besonderen Vorlage über die Schulaufsicht ihren ernsten Willen bekundet, dem Klerus auf dem Gebiete der Schule den bisher von ihm geübten Einfluß zu entziehen. In der That konnte der preußische Staat es nicht länger mit ansehen, daß in denjenigen Landestheilen, welche von einer gemischten, deutschen und polnischen, Bevölkerung bewohnt werden, der katholische Klerus die nationale Erziehung der deutschen Jugend durch Begünstigung der polnischen Sprache beeinträchtigt, weil er dadurch die Interessen seiner Kirche zu fördern glaubt. Von dem hohen Ernste der Regierung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit gegen Bedrückung zu schützen, legt die Ankündigung einer andern Gruppe von Vorlagen Zeugniß ab. Von besonderer Wichtigkeit ist darunter die Vorlage, welche die rechtlichen Wirkungen des Austrittes aus der Kirche zu regeln bestimmt ist; man darf erwarten, daß darin auch für die Ordnung der vermögensrechtlichen Verhältnisse Fürsorge getroffen werden wird. In Betreff des Gesetzes, welches über die Eheschließung angekündigt wird, ist sicher, daß die darin vorgeschlagene

Form der Eheschließung nicht die Nothzivilehe sein wird; denn wir haben keinen Zweifel, daß die Regierung sich nicht dazu entschlossen haben kann, einen solchen Fehlschritt zu thun; man hat die fakultative Zivilehe zu erwarten. Es ist in Betracht zu ziehen, daß es verschiedene Modalitäten der fakultativen Zivilehe und darunter auch solche giebt, bei welchen die volle Selbstständigkeit der bürgerlichen Natur der Ehe ebenso gut wie bei der obligatorischen Zivilehe gewahrt werden kann. Es wird daher von der Wahl unter diesen Modalitäten abhängen, ob das Abgeordnetenhaus auf die Regierungsvorlage einzugehen vermag, oder ob diese Materie durch die Reichsgesetzgebung zu behandeln sein wird.

— Unter den Präsidenten des Reichstages herrscht das Strikefieber. Kaum hat Simson sein Amt wieder angetreten, so legt der zweite Vizepräsident v. Weber das seine nieder. Ist er wirklich in Württemberg unentbehrlich, wie er sagt, so konnte er bei dem nahen Schlusse der Session ruhig abreisen, ohne zu einer so ostensiblen Erklärung zu greifen. In der That hat die Sache einen andern Grund, sagt die „Elb. Ztg." Als er neulich die Wiederwahl des ersten Präsidenten leitete, riefen sein schwäbischer Dialekt und eine gewisse Weitschweifigkeit im Gebrauch der geschäftlichen Formen die Heiterkeit eines Theils der Rechten hervor, welcher sich namentlich Fürst Lichnowsky in unschicklichster Weise überließ. Man kann es dem alten würdigen Herrn nicht verdenken, daß er sich der Wiederkehr solcher Scenen nicht aussetzen mag.

— In Abgeordnetenkreisen will man der „Tribüne" zufolge wissen, daß die Staatsregierung unmittelbar nach dem Schlusse des Reichstages gegen ein hervorragendes Mitglied der klerikalen Fraktion eine Maßregel zu ergreifen beabsichtige, welche zwar verbindlich in der Form, von den materiellen Folgen für den davon Betroffenen begleitet aber sein möchte.

— Aus Breslau bringt die wiener „Neue fr. Pr." folgende eigenthümliche Mittheilung: Auf diplomatischem Wege ist die Meldung eingegangen, daß die „Internationale", deren Sitz zu London ist, die Bergleute sämmtlicher Kohlenreviere Schlesiens zu einem Massenstrike anregen wolle, dessen Beginn durch das ganze Berggebiet an Einem Tage erfolgen würde. Die Bergbehörden und die Grubenverbände, die einzelnen Gewerke u. s. w. sind von der ihnen drohenden Gefahr benachrichtigt.

— Im Auftrage des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat die Regierung zu Aachen einen „Grundlehrplan für die katholischen Elementarschulen" entworfen, welcher von Ostern künftigen Jahres ab in Anwendung kommen soll. Die Lehrer und Lehrerinnen haben sich bis dahin mit dem Inhalt bekannt zu machen.

— Am Sonnabend findet eine außerordentliche öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Gegenstand der Berathung ist der Entwurf zum Normal-Besoldungs-Etat für die Beamten, Lehrer und Aerzte pro 1872 74. Derselbe nimmt für Gehaltsverbesserungen der Kommunalbeamten die Summe von im Ganzen 150,000 Thlr. in Anspruch.

— Die Frage, welche von beiden Staatsbürgerzeitungen die alte sei, gelangte vorgestern auch beim Kammergericht, 3. Abtheilung des Kriminal-Senats, zu Ungunsten der alten Held'schen zur Entscheidung. Der Gerichtshof erkannte nach langer Berathung auf theilweise Bestätigung des ersten Erkenntnisses, sich in allen Punkten den Rechtsanschauungen des ersten Richters anschließend; die Strafe gegen Müller setzte er von 100 auf 20 Thlr. herunter und zwar als Zusatzstrafe zu einer gegen diesen am 6. Oktober c. rechtskräftig erkannten Strafe von 50 Thlr. — Die Redakteure der „Demokratischen Ztg.", Lübeck und Voigt, wurden gestern wegen Majestätsbeleidigung und Schmähung von Staatseinrichtungen in erster Instanz zu je 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Die „Spen. Ztg." berichtet von einem neuen für die gesammte Bürgerschaft in seinen Folgen jedenfalls höchst gefährlichen Strike, welcher in Aussicht stehen soll. Die städtischen Nachtwächter, deren mühevoller Beruf, mit monatlich 8 Thalern honorirt wird, hatten eine Petition dem Polizeipräsidium eingereicht, in der sie wegen Gehaltsverbesserung vorstellig geworden sind. Die Petenten sind am Montag abschlägig beschieden worden; ein großer Theil derselben beabsichtigt nun die Arbeit einzustellen, d. h. ihr Amt niederzulegen.

Breslau, 30. Nov. Die beiden Pastoren König und Lauterbach waren gestern wieder vor das Konsistorium geladen. Es wurde ihnen angezeigt, daß die Untersuchung eingeleitet und daß ihnen 4 Wochen Zeit für Beantwortung der Klage gestattet sei. Wie verlautet, wird Herr Pastor Lauterbach einen Rechtsanwalt zum Vertheidiger nehmen. (Bresl. Z.)

Reichenbach, 29. November. Zum gestrigen Tage war von mehreren evangelischen Gemeindemitgliedern eine Versammlung der evangel. Kirchengemeinde Reichenbachs ausgeschrieben und zu derselben das Patronats-Kollegium, sowie der Gemeinde-Kirchenrath eingeladen, um diese Gemeinde-Vertreter zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther darüber zu interpelliren, welche Gründe zur Suspension unserer evangelischen Geistlichen vorliegen und welche Schritte Seitens der Kirchenpatrone und der Kirchenräthe zur Abwehr gethan wurden. Die Versammlung beschloß dem Konsistorium wiederholt den Beweis zu liefern, daß die Gemeinde eines Sinnes sei mit ihren erwählten Vertretern, und hat darum an genannte vorgesetzte Behörde folgendes Telegramm abgeschickt:

„Die heut abgehaltene Versammlung der evangelischen Kirchgemeinde Reichenbach giebt hiermit allen vom Patronats-Kollegium und dem Gemeinde-Kirchenrathe in dem Gesangbuchstreite gethanen Schritten ihre vollste Zustimmung."

Außerdem beschloß die Versammlung, diese Erklärung noch extra unseren Gemeindevertretern durch Unterschrift abzugeben, und in Zeit von höchstens einer halben Stunde bedeckten sich die Zustimmungs-Adressen mit nahe an 800 Unterschriften. Ausdrücklich wurde von einigen Mitgliedern noch der Antrag gestellt, diese Zustimmungs-Adressen zur nachträglichen Unterzeichnung auszulegen, weil doch so Viele am Besuch der Versammlung verhindert waren. — Wer noch irgend einen Zweifel hegen sollte, daß der Friede in unserer evangelischen Kirchengemeinde vollständig gestört ist, dem giebt der heutige Tag einen unwiderlegbaren Beweis dafür. Heut an dem Tage, an welchem sonst so Viele zum heiligen Abendmahle gingen, war nicht eine einzige Person zu gleichem Zwecke in der Kirche erschienen — das Gotteshaus war leer! Wo soll das hinaus? — Selbst die Jugend muß leiden durch die bestehenden Differenzen, — sie ist ihres Predigers beraubt und die Eltern untersagen den Kindern den Weiterbesuch am Konfirmations-Unterricht. Selbst der Unbetheiligte muß dringend wünschen, daß die Schritte unseres Gemeinde-Kirchenraths baldigen Erfolg haben. (Bresl. Z.)

Königsberg, 29. Novbr. Der Lehrer Brozio aus Willudden wurde wegen Wahlfälschung, die er als Wahlvorsteher ausgeführt, vom Kreisgericht zu Angerburg zu 9 Monaten Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt. Das Appellationsgericht zu Insterburg änderte dieses Erkenntniß dahin, daß es ihn zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilte. Brozio ist in Folge dessen wieder in sein Amt eingesetzt und befindet sich die Gemeinde Willubden in der glücklichen Lage, als Vorbild und Lehrer ihrer Kinder einen Mann zu haben, der in nächster Zeit, wenn er nicht noch begnadigt wird, wegen Fälschung ins Gefängniß wandert. (B. u. Bf.)

Oesterreich.

Wien, 28. Novbr. Ueber das neue Ministerium läßt sich die „Köln. Z." schreiben:

So wäre denn, was die Persönlichkeiten anbelangt, die Zusammensetzung des Ministeriums Auersperg eine viel günstigere und glücklichere, als man sich es nach dem Abgange Beust's und Kellersperg's träumen lassen mochte, und Graf Andrassy, der diesen Adam geschaffen, kann sich mit einiger Genugthuung die Hände reiben. Zu bemerken ist noch, daß unter all den Genannten keine einzige Persönlichkeit ist, gegen die in den höheren Luftschichten eine gewisse Verstimmung herrschen würde. Im Gegentheil, Lasser und Chlumetzky sind notorisch personae gratae und wurden es erst recht, als sie unter dem Ministerium Hohenwart für die Budgetbewilligung einstanden; Herrn Horst ist das richtige Prognostikon, das er dem Feldzuge von 1866 stellte, längst verziehen; Unger genoß schon um seines Protektors willen, des weiland Staatsrathes von Salviotti, stets eine andere Beurtheilung, als sie sonst Lieblingen der akademischen Jugend zu Theil wird; Banhans und Stremayer hätten immer eine Portefeuille zu ihrer Verfügung gefunden, wenn sie sich bereit gezeigt hätten, es zu akzeptiren — kurz, es ist nach dieser Richtung hin wenigstens für jetzt jeder Anlaß zu irgend welchen Besorgnissen ausgeschlossen. Das Programm, mit welchem das neue Ministerium debutirt, sagt zwar blutwenig Neues und dies mit kurzen Worten — indessen gilt, wenn in einem Falle, so in diesem, das „Weniger ist mehr", denn Programme und Brombeeren stehen bei uns ziemlich gleich hoch im Preise und von jenem stolzen „Wissenschaft ist Macht" bis zu dem ominösen „wahrhaften Oesterreicherthum" hatten sie alle das Geschick, nicht gehalten zu werden. Das neue Ministerium verspricht wenigstens nicht viel, und das ist ein vielversprechender Anfang. Ehrlichkeit und Ernst, verbunden mit dem entschiedenen Willen, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, ist ja im Grunde auch alles, was eine Regierung heute in Oesterreich zu thun hat. Nicht weit ausgreifende Voraussicht thut Noth, sondern die weise Vorsicht des Hausvaters, der das Dach über seinem Hause erst befestigt, ehe er im Innern desselben kostbaren Hausrath aufstellt. Mit der Auflösung der Landtage von Oberösterreich, Krain, Mähren, Bukowina und Vorarlberg thut das Ministerium zudem der deutschen Partei mehr zu Liebe, als diese erwartete; denn von den beiden Landtagen in Feldkirch (klerikale Majorität) und Czernowitz (föderalistische Majorität) war ursprünglich nicht die Rede. Dadurch wird die Regierung die Zahl der verfassungstreuen Abgeordneten im nächsten Reichsrathe allerdings vermehren. Allein mag die Verfassungspartei noch so erstarken an Zahl und Einfluß, eine gesicherte Stellung wird sie sich und einer aus ihrer Mitte hervorgegangenen Regierung nicht erringen können, so lange sie nicht stramme Disziplin und Einigkeit im Wollen eben so imposant bekundet, als sie es bisher that, da ihr die Leidensrolle der Opposition zufiel. Mehr denn je sind heute jene Stimmen die besten Rathgeber, welche der neuen Regierung und der Verfassungspartei, ihren Vertretern und ihren Organen zurufen: „Seid einig, einig, einig!"

Wien, 29. November. Auch die „Presse" theilt jetzt mit, daß trotz des Abbruchs der Verhandlungen mit dem Grafen Ludwig Wodzicki die galizische Angelegenheit noch immer Gegenstand der eingehendsten Berathungen im Schoße des Ministeriums Auersperg sei. Nach ihren Informationen soll die Regierung den Gedanken an eine Verständigung mit den Polen trotz der Abreise Wodzicki's noch nicht aufgegeben haben und sich neuerdings bemühen, die unterbrochenen Auseinandersetzungen mit dem Polenklub anzuknüpfen. Graf Goluchowski ist hieherberufen worden, doch nicht um seines Amtes enthoben zu werden, im Gegentheile, man scheint ihn als Mittelperson verwenden zu wollen. Die „Presse" hofft, daß die polnischen Abgeordneten das neuerliche Entgegenkommen von Seite des Ministeriums zu schätzen wissen und sich diesmal gefügiger zeigen werden, als zu Beginn der neuesten Wendung. Die Gerüchte von der Berufung Ziemialkowski's und Potocki's sind sinnlose Erfindungen.

Frankreich.

Am 27. November fand in der Notredamekirche die Installation des neuen Erzbischofs von Paris, Msgr. Guibert, statt. Die Zeremonie war sehr einfach wegen der Trauer um den als Geisel erschossenen Erzbischof Darboy. Fast die ganze Geistlichkeit des Erzbisthums war in der Kirche anwesend.

Vor dem Assisenhofe des Seine- und Oise-Departements (Versailles) stehen gegenwärtig 18 Landwirthe, darunter mehrere Maires und Adjunkten der Gemeinden des Arrondissements Rambouillet, die angeklagt sind, während der deutschen Okkupation beträchtliche Getreide- und Fouragevorräthe aufgekauft zu haben, um sie an die Lieferanten der feindlichen Armee zu verkaufen. Lachaud, der vor dem Pariser Assisenhofe den Meuchelmörder des Soldaten Denmuler als einen Patrioten darstellte und dessen Freisprechung erlangte, ist mit der Vertheidigung des Angeklagten Clarice (er wohnt in Essarts-le-Roi bei Rambouillet) betraut, welcher vom 1. Oktober 1870 bis zum Februar 1871 149,308 Kilogrammes Heu nach Versailles lieferte. Der Prozeß wird drei Tage dauern. Andere Prozesse dieser Art werden noch vorkommen, da dieser Tage noch 25 Bauern des Arrondissements Rambouillet wegen der nämlichen Vergehen eingezogen wurden.

Herr Edmond de Pressensé, Mitglied der National-Versammlung und protestantischer Pastor, schreibt an das „Journal des Debats" einen Brief über die gegenwärtige Haltung der französischen Presse. Er beklagt, daß gewisse Blätter sich ein Geschäft daraus machen, die schlimmsten Gerüchte zu verbreiten und häufig an hervorragender Stelle und mit großem Drucke die schamlosesten Lügen und die abgeschmacktesten Verleumdungen veröffentlichen. Er meint, daß die französische Presse, wenn sie auf diesem Wege bleibe, sehr verwerflich sei. Leider sind es nicht nur die Organe einzelner Parteien, welche die höflichen Sprachformen und die Unparteilichkeit bei Seite setzen: das katholische Univers, der revolutionäre Radical, der legitimistische Figaro und der bonapartistische Gaulois wetteifern in Verleumdungen und Lügen. So nannte vorgestern der Radical die Redakteure des Figaro „Schmutzfinken", und diese bezeichnen heute die Mitarbeiter des Herrn Mottu als „Dreckhämmel". Betrunkene Lumpensammler und Marktweiber beschimpfen sich nicht schlimmer, als diese Herren. Wo sind die Zeiten des Paul Louis Courrier, des Armand Carrel, Genoude, Lamennais geblieben? In seinem Briefe an die Debats sagt Herr de Pressensé, daß, wenn die neuerlichen Unfälle Frankreichs nicht eine heilsame moralische Wirkung auf die Presse ausüben, diese zum Spotte von ganz Europa werden wird. Der ehrliche Hr. Pastor ist noch zu nachsichtig, denn schon gegenwärtig erregt ein Theil der pariser Presse jedem unparteiischen Leser mehr Ekel, wie Lachen. Was soll man z. B. von einem großen, täglich erscheinenden Blatte, wie der Radical, denken, dessen Hauptredakteur, Herr Mottu, Mitglied des Munizipalrathes von Paris ist und die Zitate aus den Journalen, die nicht seiner Meinung sind, unter der Rubrik „Boi[...]

Jules Janin.

Einem pariser Feuilleton der „N. Fr. Pr." entnehmen wir Folgendes:

.... Ich wende mich zu dem Pavillon des Roses. Dieser liegt in Passy, inmitten eines herrlichen Gartens, der zur Sommerzeit in einen feenartigen, von allen Zauberdüften des Orients erfüllten Rosenwald sich verwandelt, als Bewohner dieses Paradieses erblicken wir einen alten dicken Herrn; aus seinem wohlgenährten Gesichte spricht Behaglichkeit und Lebenslust, das ausgeprägte Doppelkinn verräth einen guthmüthigen Sinn, aber aus den Augen sprüht der helle, blitzende Esprit, und um den feingezeichneten Mund spielt das Lächeln der Satyre. Der alte Herr sitzt an einem kleinen runden Gartentische und schreibt. Behende läuft die Feder über die weißen Blätter, als freute sie sich des anmuthigen Spiels der Worte und Gedanken, dann und wann erheitert sich auch das nachdenkliche Gesicht des Schreibers, und nicht ohne einen Anflug von Selbstzufriedenheit überliest er die vollendete Arbeit. Wir blicken ihm über die Schultern in die von musterhafter Kalligraphie zeugenden Blätter — es ist ein Feuilleton, das der alte Herr geschrieben, eine Rundschau der Theater-Novitäten; er selbst ist kein Anderer als Jules Janin, le prince de la critique, dessen Name seit 35 Jahren durch das Journal des Debats in den fernsten Winkel der Welt getragen wird.

Alles was auf Erden unter dem Strich geschrieben hat und noch schreibt, beuge sich vor dem Ruhme Janin's, des unvergleichlichen Meisters! Das Feuilleton ist in seiner Person zu hohen Ehren gekommen, die Pforten der französischen Akademie haben sich vor ihm aufgethan, aus dem Erdgeschosse des Journals ist es emporgestiegen in die erhabenen Sphären, wo die Unsterblichen weilen.

„Der Abbé B. war ein mittelmäßiger Mensch und doch kein Mitglied der Akademie!" sagte der alte Goethe zu seinem getreuen Eckermann. Wäre Janin das Ebenbild des Abbé gewesen, schon längst hätte er in der Rotunde des Palais Mazarin einen bequemen Fauteuil gefunden, schon längst würde er in dem grünen, silbergestickten Fracke stecken, der den Unsterblichen der Akademie den malerischen Namen „Eidechsen" eingetragen hat. Vor sechs Jahren wäre es ihm beinahe gelungen, zur Eidechse zu avanziren aber Prévost-Paradol, der berühmte Selbstmörder, lief ihm den Rang ab, und Janin mußte sich begnügen, seine „Antrittsrede vor der Thür der Akademie" zu halten. In einem geistreichen Feuilleton tröstete er sich über die Unbill, welche altersschwache Eidechsen ihm zugefügt; er lachte, und ganz Paris lachte mit ihm. Alexander Dumas schrieb ihm damals folgendes Billet: „Dreifache Glückwünsche! Du bist nicht der Kollege Doucet's, bleibst mein Freund und hast einen charmanten Artikel geschrieben!" Das Billet Dumas' und der Artikel Janin's machten viel Skandal in den literarischen Zirkeln der Hauptstadt, die Eidechsen zürnten, und vor wenigen Tagen hat den unbesonnenen Feuilletonisten ihre Rache ereilt — er ist selbst zur Eidechse geworden. Trotz Gicht und Zipperlein, die ihn an sein häusliches Eden fesselten, mußte er seinen behäbigen Corpus in den akademischen Frack zwängen — wie gern that er es! — und eine Antrittsrede halten, diesmal hinter der Thür der Akademie. Wer antwortete ihm, wer hieß ihn willkommen im Tempel der Unsterblichkeit? — der diesjährige Chef der Eidechsen, Camille Doucet, der von Dumas geschmähte Collega!

Diesem fehlt die Eigenschaft nicht, die Göthe bei den Akademikern voraussetzt: verkommener Notar, verkannter Theaterdichter, mißrathener Feuilletonist, mittelmäßig in des Wortes verwegenster Bedeutung — aber ein kriechender Höfling und deswegen zu Bonarparte's Zeiten allmächtig über die Pariser Theater gebietend und über das Schicksal der französischen Dichter. Rameau's Neffe hat diesen Typus nicht gekannt, sonst hätte er ihn in seine Porträtgalerie der Pariser Skribenten aufgenommen.

Doucet mußte sich wohl an der spitzigen Feder Janins manchmal gestochen haben, denn er erlaubte sich das Unerhörte, er wagte es, in die vorschriftsmäßigen Lobhudeleien der Willkommrede einige satyrische Salzkörner einzustreuen; unter Blumen verbarg er spitze Nadeln, gerade, als wollte er noch ungeheilte Wunden vergelten. „Dies Buch ist besser, als es aussieht", urtheilte er von Janins bekanntestem Romane und den Theater-Kritiker charakterisirte er also: „Mehr oder weniger den Stücken beiwohnend, die er zu rezensiren hat ... viel über Alles sprechend, und selbst ein wenig über die neue Komödie u. s. w." Ei, ei, solche Sprache klang seltsam im Munde eines Akademikers; die Eidechsen wedelten verwundert mit den Schwänzen und konnten es nicht begreifen, daß ein Unsterblicher von Dingen reden könne, die draußen in der vergänglichen Welt alle Menschen wissen das Echo aller Boulevards erzählt. Daß Janin, der Nestor der Kritik, die Theatersäle flieht, daß er die Stücke, die seine Feder rezensirt, nicht mehr sieht, selten liest, für Niemanden ist es ein Geheimniß, und doch freut sich Jedermann seiner Feuilletons, deren anmuthige Form, deren sprühender Esprit ein gründliches Wissen, eine wahrhaft klassische Bildung verhüllen. Aber derlei Dinge im Mumiensaale der Akademie auszuplaudern, welche Verwegenheit! ...

Welche Verwegenheit ferner, irdische Politik hineinzuzerren in die Regionen, wo diese reinen Seelen wohnen! Janin selbst war diesmal der Schuldige, Janin der Orleanist, der die achtzehnjährige Glücksperiode des Bürgerkönigthums pries — ein Kompliment, das der Bonapartist Doucet ergriff, um es für das Kaiserthum zurechtzulegen. Und die Kollegen riefen Beifall, diese für Orleans, jene für Bonaparte, die anderen Parteien schwiegen. Die Legitimisten der Akademie sind mit Berryer ausgestorben und Jules Favre, der Republikaner, war abwesend; er korrigirte sein Buch: „Rom und die französische Republik" in ländlicher Zurückgezogenheit.

Bald werden sich die kaum geschlossenen Thore der Akademie aufs neue öffnen, um einen Mann durchzulassen, dessen Stimme weder für Orleans noch für Bourbon, noch selbst für Bonaparte sich erheben wird, sondern allein zum Preis und Ruhme seiner eigenen Person. Den Namen des Mannes hat der Leser schon errathen. Emile Ollivier sehnt sich nach dem Fauteuil, den kurz vor Sedan die Unsterblichen ihm angeboten; aus politischen Gründen, hieß es, habe man die Feierlichkeit seiner Aufnahme auf ruhigere Zeiten verschoben, aber der wackere Mann protestirt heftig und verlangt von der Akademie, die nun einmal das Dignus es intrare ausgesprochen, sofortige Einlösung ihres Wortes „Ich muß", schrieb er an den Sekretär der Unsterblichen, „ich muß meine Antrittsrede halten, sie ist die Rechtfertigung, die Glorifikation meiner Politik, ich muß sie halten und bald!" ... Ach, man lasse doch den ungeduldigen Redner gewähren! Vielleicht gelingt es dem burlesken Todtengräber des Kaiserthums, mit einigen Zügen naturwüchsiger Komik das graue Gemälde des Pariser Lebens zu erheitern.

aux ordures" (Schmutzkasten) bringt? Wenn man über den politischen Zustand eines Volkes nach seiner Tagesliteratur urtheilen kann, so muß man auf den steigenden Verfall Frankreichs schließen, sobald man den Figaro, den Gaulois, das Paris-Journal, das Univers und den Radical liest. Und außerdem noch: wie mißhandeln diese Journale den Geist der französischen Sprache, die Geschichte und die Wissenschaft!

Ferré, Rossel und der Sergeant Bourgeois sind am 28. November Morgens um 7¼ Uhr in Satory erschossen worden. Der „Figaro" enthält folgenden ausführlichen Bericht:

Gestern früh um 11 Uhr wurde der Maire von Versailles, als er eben im Munizipalrath den Vorsitz führte, von einem Abgesandten des Justizministeriums amtlich um die Erlaubniß angegangen, auf dem Friedhofe Saint Louis in der für Hingerichtete bestimmten Abtheilung drei Gräber graben lassen zu dürfen. Es war dies die offizielle Verlautbarung der von der Begnadigungs-Kommission gefaßten Beschlüsse. Dieselbe hatte in ihrer Sonntagssitzung entschieden, daß hinsichtlich Rossels, Ferrés und Bourgeois die Gerechtigkeit ihren Lauf haben solle. Bourgeois war ein Sergeant vom 45. Linien-Regiment, welchen das zweite Kriegsgericht wegen Desertion und Theilnahme an dem Aufstande zum Tode verurtheilt hatte. Er erfuhr zuerst, daß die Stunde der Sühne geschlagen hätte; denn er befand sich nicht, wie Rossel und Ferré, im Justizgefängniß, sondern in den Chantiers, von wo man ihn schon um 4 Uhr abholte, um ihn mit seinen beiden Leidensgenossen zu vereinigen. Er war sehr ruhig und verlangte nur eine Zigarre für den Weg. Rossel schlief noch fest, als sein Vertheidiger Albert Joly in die Zelle trat, um ihm die verhängnißvolle Eröffnung zu machen. Herr Joly mußte ihn zweimal beim Namen rufen. „Ah, Sie sind es?" sagte Rossel endlich, indem er seinen Advokaten erkannte. „Also ist es heute früh?" Leider ja!" antwortete Herr Joly. „Weil es denn sein muß!" rief Rossel mit einem Blick gen Himmel. Er bat den Gefängnißdirektor, sich einige Augenblicke sammeln zu dürfen; da ihn aber dieser bedeutete, daß es ihm nicht mehr gestattet werden könne, allein zu sein, griff er rasch nach seinen Sachen und kleidete sich an; sein Anzug bestand aus einem grauen Rock und Beinkleid, über welche er einen dunklen Paletot zog. Da er bemerkte, daß Joly seiner Rührung nicht Herr werden konnte, warf er sich diesem mit den Worten in die Arme: „Verzeihen Sie mir, mein Freund, Ihnen eine so traurige Sache anvertraut zu haben, und beten Sie für mich!" Dann hatte er eine längere Unterredung mit dem protestantischen Geistlichen. Ferré sprang, als man ihm dieselbe Mittheilung machte, rasch von seinem Lager; dem gleichzeitig eintretenden Abbé Folley rief er zu: „Ich bin gleich zu Ihrer Verfügung; wir haben Zeit; lassen Sie mich erst ankleiden!" Und mit unerschütterlicher Ruhe brannte er sich eine Zigarre an und widmete sich seiner Toilette so aufmerksam und minutiös, daß darüber mehr als eine halbe Stunde verging. Dabei plauderte er mit seinen Wärtern, schenkte ihnen die Zigarren, die er, wie er sagte, nicht mehr würde rauchen können und beschäftigte sich immer wieder mit seiner Person; nur eine konvulsivische Bewegung der Augenlieder oder hie und da einige unzusammenhängende Worte verriethen, was in ihm vorging. Bourgeois endlich, den man nach einer besonderen Zelle gebracht hatte, verlangte zu essen, trank und rauchte. Um 6 Uhr nahm eine Schwadron Kürassiere und eine Brigade Gendarmen vor dem Gefängnißthor Stellung; drei Ambulanzwagen fuhren unter Eskorte vor und bald öffneten sich die Pforten des Hauses. Zuerst trat Rossel festen Schrittes heraus; er hatte zu seiner Linken den Geistlichen und zu seiner Rechten einen Gendarmen, der seinen Arm an einer kurzen Kette gefesselt hielt. Er trug einen niedrigen Hut von schwarzem Sammet und ein Lorgnon im Auge. Dann folgte Bourgeois in Begleitung des Abbé Folley, das Käppi auf dem Haupte und die Zigarre im Munde, endlich Ferré, mit seiner kleinen Gestalt zwischen zwei Gendarmen beinahe verschwindend. Die drei Wagen setzten sich in Bewegung und fuhren im Galopp nach der Ebene von Satory, wo starke Truppenmassen unter dem Befehl des Oberst Merlin in einem weiten Viereck aufgestellt waren. Um 7¼ Uhr gab der Oberst Merlin ein Zeichen. Die Trommeln wurden gerührt und der düstere Zug bewegte sich heran. Die Verurtheilten stiegen mit festem Schritt aus dem Wagen und gingen mit ihrer Begleitung in der Richtung des Platzes, wo die drei Exekutions-Pelotons aufgestellt waren; für Rossel sowohl als für Bourgeois waren die Piquets aus ihren eigenen Regimentern gebildet worden. Eine lautlose Stille herrschte über dem ganzen weiten Plateau, als den Dreien das Urtheil verlesen wurde. Jetzt giebt Rossel zu einer neuen Verzögerung Anlaß. Er verlangt zuerst, das Feuer selbst zu befehlen, was man ihm versagt; dann wünscht er einen ihm befreundeten Kommandanten zu sehen, der zugegen wäre und dem er noch einmal die Hand drücken wolle. Man macht ihn darauf aufmerksam, daß er damit nur unnütz die Todesqual seiner Gefährten verlängere; er scheint dies einzusehen, denn er wirft rasch Hut und Ueberzieher ab und läßt sich die Augen verbinden. Der Kommandant de Crenitz entfernt sich von ihm, die Unteroffiziere des Pelotons senken ihre Degen und die Truppe feuert. Rossel fällt, wie vom Blitze getroffen, in seiner ganzen Länge auf den Rücken; der Armee-Chirurg tritt heran und konstatirt, daß er eine Leiche ist. Bourgeois hingegen mußte von einem Soldaten den Gnadenschuß empfangen und ebenso Ferré, der erst von der letzten Kugel tödtlich getroffen, sich windend zusammenbricht. Sämmtliche Truppen defilirten jetzt an den Leichen vorüber; sie sollten an diesem warnenden Beispiele sehen, wohin Verrath und Disziplinlosigkeit führen. Rossel's sowohl als Ferré's sterbliche Reste wurden von ihren Angehörigen reklamirt, so daß nur Bourgeois auf dem Friedhofe Saint Louis seine letzte Ruhestätte fand.

Louis Nathaniel Rossel ist erst 27 Jahre alt; er stammt aus den Cevennen und ist nur zufällig in der Bretagne, nämlich in Saint-Brieuc, geboren; sein Vater gehört der Armee an, seine Mutter ist eine geborene Schottin, Namens Campbell. Er hat zwei Schwestern von 20 und 12 Jahren. Am Freitag sah er in Gegenwart des Gefängnißdirektors und des Pastors Passa die Seinigen zum letzten Male; es war eine herzzerreißende Szene. Die Zeitungen bringen auch sonst noch zahlreiche Einzelnheiten über seine letzten Tage, in denen vielfach Wahrheit und Dichtung gemischt erscheinen. Er las in dieser Zeit das Buch über Richelieu von Noailles, Karl XII. von Gustav Aldersfeld, die Schriften von Calvin und Corneille, seinen Lieblingen, die Geschichte des dreißigjährigen Krieges von Schiller (in deutscher Sprache), die Gedichte von Tennyson (gleichfalls im Original) und endlich ein altes Gebetbuch aus den Cevennenkriegen; außerdem beschäftigte er sich mit einer vergleichenden Studie über die Armeen der heutigen Zeit und diejenigen aus der Zeit des Marschalls Villars. Gern erging er sich noch in philosophischen und politischen Gesprächen mit seinem Vertheidiger Albert Joly, wobei er große Seelenruhe an den Tag legte. Zuletzt übergab er seinem Seelsorger noch ein Exemplar seines Werkchens: „Die Vertheidigung von Metz und der Kampf bis zum Aeußersten" mit der Widmung: „Herrn Theodor Passa, Geistlichen des reformirten Bekenntnisses, als Zeichen der Dankbarkeit und Freundschaft." Wozu er noch folgenden Vers aus Hiob (Kap. 4, V. 3) beifügte: „Siehe, du hast Viele unterwiesen und müde Hände gestärkt." Die Begnadigungs-Kommission hat, nachdem sie ihre unumstößliche Entscheidung gefällt, am Sonntag um 4 Uhr Versailles verlassen, Herr Martel, ihr Präsident, begiebt sich nach der Normandie. Herr Thiers soll wiederholt die Begnadigung Rossel's befürwortet haben, jedoch an der Erklärung der Generale gescheitert sein, daß die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee von der Vollstreckung des Urtheils abhänge. Der Kriegsminister de Cissey habe im Falle der Begnadigung selbst mit seiner Entlassung gedroht. Man versichert, daß die Kommission auch das Gnadengesuch des jungen Marseiller Advokaten Gaston Cremieux verworfen hat, welcher dort einen Augenblick ein Nachbild der Pariser Kommune zu verwirklichen suchte, dabei aber scheiterte.

In dem Moment, wo bereits das Exekutionspeleton seine Gewehre ladet, um ihn zu füsiliren, hat Rossel bei Lachaud ein Werk, betitelt „Abrégé de l'art de la guerre, suivi de l'organisation militaire da la France" erscheinen lassen, das er, nachdem bereits das Todesurtheil gegen ihn ausgesprochen, im Gefängniß geschrieben hat.

Es ist ein speziell technisches Werk, indessen wendet es sich an alle Franzosen, da ja alle Soldaten werden müssen. In der Vorrede konstatirt der Verfasser zunächst, daß die Kriegswissenschaft so alt ist wie die Zivilisation. „Nicht der Krieg, sagt er, hat sich verändert, sondern unser Charakter und unser Muth. Die Preußen haben nicht die Kriegskunst verändert, sondern nur gelernt, das ist Alles." Man muß daher auch die Kriegskunst lernen. Die höheren französischen Offiziere waren lange wie zu Molières Zeiten Adelige, welche glaubten, daß sie die Kriegskunst mit der Geburt eingeimpft erhielten. Die Ereignisse haben bewiesen, daß ihre Ignoranz ebenso groß war wie ihre Arroganz. „Der Fürst", fährt der Verfasser fort, mußte die Kriegskunst verstehen; aber heute ist das Volk selbst Fürst, selbst Souverän, es muß daher das Metier der Fürsten lernen, es ausüben zum Schutz seiner Rechte". In einem demokratischen Staate ist es sehr gefährlich, wenn man einer besonderen Klasse ausschließlich die Funktionen anvertraut, deren Ausübung für die Sicherheit des Staates die wichtigsten sind. Die Fähigen werden Usurpatoren, die Unfähigen noch gefährlicher als „Verräther." Das Buch ist eine geschickte Zusammenstellung aus Werken der größten Militärschriftsteller, Napoleon, Jomini, Erzherzog Karl u. A. Diese Auszüge, welche sich bald ergänzen, bald auch widersprechen, sind sehr geschickt gruppirt und von erläuternden Erklärungen des Herausgebers begleitet. Rossel spricht sich dabei u. A. gegen die großen Heere aus. „Die großen Armeen, sagt er, sind keine guten Armeen, sie sind immer ein Zeichen des Verfalls der Kriegskunst und der militärischen Institution." Weiter führt der Verfasser aus, daß eine Armee ohne tüchtige und zahlreiche Kavallerie immer ein blinder, träger und unfähiger Körper sein wird. Sehr interessant sind die Betrachtungen, welche über die Verwendung der Artillerie gemacht werden.

In Betreff der Post-Verhandlungen mit Deutschland scheint, wie man in der „Kölner Ztg." schreibt, ein Antrag Pouyer-Quertier's die Basis einer Verständigung dargeboten zu haben. Beide Staaten würden danach jede gemeinschaftliche Abrechnung wegfallen lassen und Frankreich die französischen Briefe nach Deutschland franco mit 40 Cts. spediren, während Deutschland umgekehrt dies deutschen Briefschaften nach Frankreich für den Portosatz von nur 3 Sgr. zu expediren übernähme. Gleichzeitig käme auch das Transitporto durch Elsaß-Lothringen, welches Deutschland bislang erhob, namentlich für die Briefe nach der Schweiz durch Verzicht Deutschlands auf diese Einnahmequelle in Wegfall. — Für Marseille und Le Havre sind nun zwei neue Consuln des deutschen Reiches ernannt worden, denn das Exequatur demnächst verliehen werden dürfte. Nach Marseille kommt Herr Tettenborn (früher in Konstantinopel) und nach Havre Herr Gramatzky.

Vor dem Pariser Zivil-Gerichte erster Instanz kam am 25. November ein eigenthümlicher Prozeß zur Verhandlung. Ein französischer Orden-Fabrikant, Herr Lemaitre, hatte an den Kaiser Maximilian auf dessen Bestellungen mexikanische Dekorationen im Gesammtbetrage von 51,000 Frcs. geliefert. Seine Rechnung war unbezahlt geblieben und er wandte sich nun, wie man sich wohl denken kann, nicht an Juarez, sondern an den Kaiser von Oesterreich und den Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie als Rechtsnachfolger des Kaisers von Mexiko. Da er abschlägigen Bescheid erhielt, rief Hr. Lemaitre die französischen Gerichte an. Vor diesen erhob der Kaiser Franz Joseph durch seinen Botschafter in Paris den Einwand der Inkompetenz: er sei einmal nicht der Erbe seines Bruders Maximilian und eventuell handle es sich hier um die Schuld eines Souveräns, über welcher ein französischer Gerichtshof nicht erkennen, sondern die nur auf diplomatischem Wege eingefordert werden könne. Die erste Kammer des Zivilgerichtes der Seine verwarf diese Einwendungen und erkannte wie folgt:

Der Gerichtshof, in Erwägung, daß, wenn das Prinzip der Unabhängigkeit der Staaten von einander die Kompetenz der Gerichte fremden Souveränen gegenüber ausschließt, dies eine Ausnahme erleidet, sobald der Fürst in seinem persönlichen Namen und in einem Privat-Interesse ein Geschäft eingegangen ist; daß Lemaitre von den Erben des Kaisers von Mexiko den Preis von Dekorationen fordert, zu deren Bezahlung sich der Kaiser von Mexiko persönlich verpflichtet hätte; daß ein solcher Anspruch den Regeln des Völkerrechts in keiner Hinsicht zuwiderläuft, daß die im Namen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Ihrer kaiserlichen Hoheiten, des Erzherzogs Franz Karl und der Erzherzogin Sophie, gestellten Schlußanträge lediglich auf eine Inkompetenz-Erklärung abzielen und daß daher das Gericht für jetzt nicht zu untersuchen hat, ob der Beweis der persönlichen Verpflichtung erbracht ist und ob der Anspruch sich an die wirklichen Erben des Kaisers Maximilian wendet, — verwirft den Einwand der Inkompetenz, setzt den Prozeß zur Verhandlung über die materielle Frage auf heute über vierzehn Tage an und verurtheilt die Beklagten zu den Kosten dieser Zwischenverhandlung.

Spanien.

Madrid, 27. November. Die radikale Partei, als deren leitendes Haupt der vorige Minister-Präsident Zorilla anzusehen ist, hat heute durch eine großartige Versammlung bewiesen, daß sie wenigstens in der Hauptstadt festern Boden hat, als irgend eine andere Partei, selbst nachdem sie durch den Abfall des sagastinischen Flügels eine Einbuße erlitten hat. Die Versammlung fand im Zirkus Prize Statt und soll 12,000 Köpfe gezählt haben, welche Zahl doch wohl übertrieben ist, wofern nicht die draußen herbeigeströmten Menschenmenge eingeschlossen ist. Die Spitzen der Partei, Zorrilla, Rivero, Figuerola, Martos, Salmeron, Salazar, hielten Reden zur Vertheidigung ihrer Grundsätze und ihrer politischen Haltung, indem sie die von ihren Gegnern im Kongresse ihnen entgegengeschleuderten Vorwürfe republikanischer Umtriebe zurückwiesen und ihre Anhänglichkeit an das Herrscherhaus betheuerten. Es wurde ein leitender Ausschuß für die politischen Wahlen ernannt, der aus 25 Mitgliedern besteht, und dem greisen Espartero ein Telegramm nach Logrono gesandt, worin man ihm die Wahl zum Ehrenpräsidenten ankündigte. Die Angriffe gegen Sagasta bewiesen, daß die in den letzten Tagen wieder aufgenommenen Versuche, eine Wiedervereinigung der beiden Fraktionen der progessistisch-demokratischen Partei herbeizuführen, vollständig gescheiter sein müssen.

Italien.

Rom, 28. November. Im Vatican herrscht eine große Aufregung. Der König von Italien hat unmittelbar bei dem Papste anfragen lassen, ob und wann Se. Heiligkeit ihn empfangen wolle. Der Papst ist nicht abgeneigt, den König zu empfangen; seine Umgebung widersetzt sich. (Pr.)

Nochmals der Deutsche Kronprinz als Buchdrucker.

Der dem „Journal für Buchdruckerkunst" aus dem Kabinet des Kronprinzen zugegangene Brief, in welchem, wie gemeldet, bestätigt wurde, daß der Kronprinz die Buchdruckerkunst erlernt habe, lautet wie folgt:

„Privat-Kanzlei
Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit
des Kronprinzen.

Berlin, den 9. November 1871.

Ew. Wohlgeboren benachrichtige ich auf Ihr Schreiben vom 21. v. M. im Höchsten Auftrage ergebenst, daß der in dem „Journal für Buchdruckerkunst" auf Spalte 419 und 420 enthaltene Aufsatz, soweit derselbe die Person Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen betrifft, in allen seinen Theilen auf Wahrheit beruht.

v. Normann,
Königlicher Kammerherr.

An den Redakteur
des „Journals für Buchdruckerkunst"
und praktischen Buchdrucker
Herrn Theodor Goebel
Wohlgeboren zu Koburg."

Wie der Kronprinz dazu kam, die Typographie zu erlernen, geht, wie die „Hamb. Ref." mittheilt, aus Folgendem hervor: Im Jahre 1845 beehrte die jetzige Kaiserin und Königin Augusta, damalige Prinzessin von Preußen, mit ihrem Sohne, dem jungen Prinzen Friedrich Wilhelm, die Eduard Haenel'sche (jetzt Wilhelm Gronau's) Buchdruckerei in Berlin mit ihrem Besuche. Da der Prinz für das, was er hier sah, ein lebhaftes und wohl mehr als vorübergehendes Interesse an den Tag legte, so schenkte ihm die Königin Elisabeth (jetzt Königin Wittwe) in demselben Jahre zu Weihnachten eine kleine Buchdruckerei. Zur Unterweisung des jungen Prinzen war ein Lehrling der Haenelschen Offizin auserseben. Einige Male hat denn auch (der im Jahre 1856 verstorbene) Haenel persönlich von den Fortschriten des prinzlichen Typographen Einsicht genommen, worüber indessen weiter nichts bekannt geworden ist. — Dies ist der einfache Hergang der Sache. Daß hiernach der jetzige Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen von den Buchdruckern als ihrer Kunst angehörig betrachtet wird, geht auch noch aus einem Gedichte hervor, welches ihm nach seiner Vermählung mit der Prinzessin Viktoria von England im Jahre 1858 bei ber festlichen Einholung in Berlin von Buchdruckern überreicht wurde, und welches mit den Versen schließt:

Es ist ein schöner Brauch in unserm Lande,
Daß Kunst und Handwerk übt der Königssohn,
Dadurch verknüpfen um so engre Bande
Den Arbeitsstand mit unserm Königsthron.

Einst hast Du Herr, zu Gutenberg geschworen,
Drum wird Dein Ehrentag auch uns zur Zier;
Drum bleibt für Preußen ferner unverloren,
Der Geistesfreiheit sieghaftes Panier!"

Für Jagdfreunde.

Ein Karpathen-Bereiser schreibt in der „Allg. Z." gelegentlich eines Besuches in Szolyba bei Munkacs: Wir befanden uns in einem Waldrevier, bei dessen Vorstellung dem Jäger der Mund wässert. Sechs Quadratmeilen ununterbrochener Wald, außer von ruthenischen Hirten und Heerden nur von Hirschen und Wildschweinen, Wölfen und Bären bevölkert. Ein paar Wildschweine verwüsteten allnächtlich die anstoßenden Maisfelder des Schloßgutes und es wurde weidlich gelacht über einen jungen Jäger, der in der Nacht vorher mit der Büchse ausgezogen war, große Dinge zu thun. Jemand war ihm später nachgegangen und hörte wohl die Sau brechen, aber keinen Schuß fallen. Siehe da, der gewaltige Jäger war friedlich eingeschlafen, die Sau hätte ihn auf ein Haar umgerannt. Man sprach davon, daß auch anderes Wild in den Maisfeldern stecke. Mein Tischnachbar aber, der alte Ober-Jägermeister, war ein weitberühmter Bärenschütz. Er sollte Hunderte von Bären erlegt haben, sagte mir aber, gegen achtzig möchten es wohl sein. Das eine Jahr werden zehn, das andere zwanzig Bären in der Herrschaft Munkacs geschossen, die im Ganzen an siebenzehn Quadrat-Meilen Waldung umfaßt. Hier hatte auch der Kaiser vor einigen Jahren auf Bären gejagt. Uebrigens ist diese Jägerei mit vielen Mühseligkeiten und wenig Aussicht verknüpft. Wenn ein eifriger Schütze vierzehn Tage lang im Spätherbst sich hier aufhielte und umthäte, so würde er wohl in diesen vierzehn Tagen einmal zum Schusse kommen, denn der Bär wechselt gar weit in den ausgedehnten Waldungen. Aufregender ist im Winter die Jagd auf Wölfe, wenn dieses Raubwild zahlreicher aus der Marmaros und Galizien herüberkommt. In neuerer Zeit weiß man den Wölfen mit Ludern beizukommen. Ein altes Pferd wird an einen Baumstamm aufgebunden, den Kopf in die Höhe; dann gießt man ihm Strychnin ein, losgebunden thut es einen Ruck und liegt todt; darauf werden ihm Einschnitte gemacht und mit dem giftigen Zeug gewässert. So zubereitet bringt man das Pferd auf einen Wechsel, und selten bleibt eines von den fünf oder sechs Pferden, welche jeden Winter in diesem Jagdgebiet vergiftet werden, ohne alle Wolfsernte. Einmal fand man vor einem einzigen Luderpferd, das am Abend hingelegt worden, am anderen Morgen schon sieben Wölfe todt, zwei Füchse, viele Geier und Raben und sonderbarerweise auch einen Dachs. Der Bär aber greift kein Luder an, er nimmt nur, was er selbst geschlagen hat.

Aus Australien.

Seit der Entdeckung von Goldfeldern vor 20 Jahren hat sich der australische Kontinent als ein werthvolles und wichtiges Kolonialreich in jeder Beziehung in riesigem und wunderbarem Maße entfaltet; die Goldausbeute allein beträgt bisher über 1000 Mill. Thaler, aber auch andere Naturprodukte werden kultivirt oder gewonnen, so daß die Staatsrevenuen jährlich sich bereits auf etwa 80 Mill. Thaler und die Ein- und Ausfuhr jährlich auf 400 Mill. Thaler belaufen. Ansehnliche Städte, wie Melbourne, erstehen in wenigen Jahren, und gewaltige Menschenwerke aller Art werden unausgesetzt vollbracht, wie z. B. die ihrer Vollendung sich nähernde Telegraphenlinie durch den ganzen, zum großen Theil noch gar nicht besiedelten Kontinent, die in aller Kürze die australischen Kolonieen mit Europa und den übrigen Erdtheilen verbinden wird. Im Jahre 1601 von den Portugiesen Godinho do Eredia zuerst entdeckt, aber erst seit 100 Jahren hauptsächlich durch den unsterblichen Cook (1770) an einzelnen Küstenstrecken zuerst näher untersucht, ist das Innere von Australien hauptsächlich erst in den letzten dreißig Jahren offiziell aufgenommen oder wenigstens von unzähligen Forschungs-Reisenden unausgesetzt durchforscht worden. Eine gründliche und wissenschaftliche Zusammenstellung aller dieser zum Theil sehr großartigen und bedeutenden Arbeiten von ganz Australien (es sei nur an die geologische Aufnahme der Provinzen Viktoria erinnert), war bisher noch von Niemandem in Angriff genommen worden, weder in Australien selbst, noch in dem Mutterlande England, und es war daher mehr als je an der Zeit, als Dr. Petermann diese Arbeit nach originalen und offiziellen Quellen vornahm und eine in den beiden neuesten Ergänzungsheften (Nr. 29 und 30) publizirte Spezialkarte von ganz Australien in acht Blättern ausführte, auf Grund eines zu den geographischen Mittheilungen von ihm während einer langen Reihe von Jahren angesammelten Quellen-Materials, wie es sich in gleicher Vollständigkeit außerhalb Australien vielleicht an keinem Orte in Europa oder anderswo zusammen finden dürfte, England nicht ausgenommen. Diesem in Kupferstich und Farbendruck ausgeführten Kartenwerke ist als Text außer einem Vorwort von Dr. Petermann selbst ein geographisch-statistisches Kompendium von Direktor Prof. Dr. Meinicke, einem der ersten Kenner und Schriftsteller über Australien beigegeben. Frhrn. v. Richthofens Reisen in China, die Entdeckung eines offenen Polarmeeres durch Payer und Weyprecht im September 1871, und endlich sieben neue Abschnitte der so beliebten und überall, besonders auch in England, Amerika und Rußland, geschätzten Berichte Payer's über die zweite deutsche Nordpolar-Expedition, die zu dem Besten und Ausführlichsten gehören, was bisher über diese Expedition oder überhaupt jemals über arktische Forschung geschrieben und publizirt wurde. Die gegenwärtigen Aufsätze sind durch ein höchst interessantes Bild des Innern von Grönland geziert, welches die Hauptentdeckungen der Expedition enthält, von Payer aufgenommen und von dem berühmten Alpenkenner und Matterhornbesteiger Whymper trefflich in Holz geschnitten.

Rußland und Polen.

Daß die Partei, welche Alles verrussen will, auch die Universität Dorpat entdeutschen und zu diesem Zwecke nach Wilna verlegt haben möchte, ist bekannt, aber der Kaiser hat dem Unterrichtsminister auf dessen Antrag, jene Universität zu „reformiren", den Bescheid gegeben: „Meine Ueberzeugung von dem großen Verdienst der deutschen Universität Dorpat um die Bildung in Meinem Reiche wird man vergeblich zu erschüttern suchen."

Australien.

Sydney, 4. Novbr. Bischof Patterson und der ehrwürdige Mr. Aitken sind während der Landung auf der Insel Santa Cruz von einem melanesischen Eingeborenen aus Rache wegen Entführungsexcesse seitens Sklavenhändler massakrirt worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Novbr. [35. Sitzung.] 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Staatsminister v. Roon, Delbrück, v. Lutz, Oberst Fries und eine große Anzahl Kommissare.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des — gestern mitgetheilten — Gesetzentwurfs, betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres und der Ausgaben für die Verwaltung desselben für die Jahre 1872, 73 und 74.

Die Abgg. Miquel, Bamberger und v. Unruh (Magdeburg) amendiren den Entwurf dahin, in § 1 statt „1873 und 1874" zu sagen „1873" und statt „bis einschließlich 74" in § 2 „bis einschließlich 73".

Abg. Reichensperger (Crefeld); Graf Bethusy-Huc hat gestern einen wunderbaren Zusammenhang zwischen dem Raub der Sabinerinnen und dem Militäretat entdeckt; ich will Ihre Geduld nicht solchen Prüfungen aussetzen (Heiterkeit). Angeblich ist die Vorlage das Resultat eines hinter den Coulissen dieses Hauses abgeschlossenen Kompromisses; meine Partei ist nicht ins Geheimniß gezogen. Ist es aber für das Volk förderlich, über die Köpfe der Abgeordneten hinweg Beschlüsse vorzubereiten, eine Majorität für sie zusammenzuschlagen und nun im Plenum statt gründlicher Verhandlungen ein Scheingefecht für die Außenwelt zu liefern? Die Vorlage selbst nun steht im Widerspruch mit der Verfassung, Lasker hat gestern aufs Ueberzeugendste nachgewiesen, daß der „besondere Fall" des § 71 der Verfassung hier nicht vorliegt. Wenn der kategorische Imperativ der Militärverwaltung für uns genügen soll, dann können wir den eisernen Etat nur gleich in infinitum gewähren. (Sehr richtig!) Ich habe aber eine viel zu hohe Meinung von der Meisterschaft des Kriegsministers und dem elastischen Gefüge unserer Armee, als ob der Abstrich einiger Millionen sie irgend in Unordnung bringen könnte. Die allgemeine Meinung des Volkes ist die, daß für die normalen Verhältnisse des Staats das Militärwesen zu viel beansprucht, und diese Meinung hat sehr viel für sich. Die Techniker allein sollen darüber nicht entscheiden; wir sind ja selbst zum größten Theil Nichttechniker. Früher ist uns immer verheißen worden, wenn einmal Deutschland einig sei, würden die Militärlasten vermindert werden. Derselbe Gedanke klingt noch wieder in der ersten Thronrede dieses Reichstags und in unserer Adresse darauf. Treitschkes Rede klang wie Säbelgerassel. Er sprach von den Drohungen Frankreichs, aber vom Wollen zum Können ist ein großer Schritt. Wenn Oesterreich, was Gott verhüte, zusammenbricht, dann wird das ein Zusammenbruch nach innen, nicht nach Außen sein. Treitschke malt uns eine gegen uns gerichtete Koalition Europas; lassen wir unserer Phantasie so die Zügel schießen, dann ist gar kein Friedensetat mehr möglich (Sehr richtig!). Wenn ein geschlagener Feind uns erst recht fürchterlich wird, wohin soll das führen? Die Bedeutung der Budgetdebatte liegt nicht allein darin, daß man die einzelnen Posten bespricht, sondern in den großen, politischen Gesichtspunkten, die dabei zur Debatte kommen. Ein englischer Minister wies neulich nach, daß in den letzten achtzehn Jahren ebensoviele Millionen Pfund Sterling von der Regierung gespart seien; ähnlich ist es in Holland. Man wird mir wieder vorwerfen, wir kokettiren mit den Massen und mit der Internationalen. Aber wir lachen über solche abgeschmackten und grundlosen Verdächtigungen, und ich glaube, wenn sie unter sich sind, thun sie es auch. Wir haben heute nicht mehr die Rüstungen nöthig, wie damals, als noch Frankreich uns bedrohte. (Beifall.)

Abg. v. Forckenbeck: Zunächst erkläre ich klipp und klar, daß ich ein mehrjähriges Pauschquantum — ob zwei- oder dreijährig, lasse ich vorläufig dahingestellt — bewilligen werde. Ich habe diese Ansicht nicht von heute und gestern, sondern seit dem Friedensschlusse mit Frankreich. Schon damals theilte ich sie Lasker mit, der sie allerdings sehr lebhaft bekämpfte. Von meinen Wählern bin ich deshalb nicht befragt, sonst hätte ich es ihnen gesagt. So viel ich weiß, ist die Frage bei den Wahlen überhaupt nicht erörtert worden; welche Antwort das Volk unter dem Eindruck des Friedensschlusses gegeben hätte, will ich nicht entscheiden. Ich habe dann mehrere Monate zurückgezogen und von jeder politischen Verbindung getrennt gelebt; meine Ueberzeugung ist nur gewachsen. Als ich hierher mitten in die Verhandlungen kam, stand ich im engeren Freundeskreise mit meiner Ansicht ganz allein. Man bekämpfte mich einmal mit den Gründen, welche gestern Lasker ausführte, und dann mit der Thatsache, daß die Regierung selbst nur das einjährige Pauschquantum verlange. Ich habe mich ehrlich gefügt und mich dem Standpunkte Laskers zu befreunden gesucht. Sein Antrag allein rief eine neue Initiative der Regierung hervor, wie sie uns ausdrücklich erklärt hat. Die Entstehungsgeschichte der Vorlage von Hoverbeck ist unrichtig und falsch; leider verhindert mich die Art und Weise seiner Erzählung an einer Berichtigung. Als die Regierung so vorging, habe ich im engeren Freundeskreise mit Energie und Lebhaftigkeit wieder für ein mehrjähriges Pauschquantum agitirt. Zunächst ist die Frage gar nicht von so überwiegend politischer Bedeutung, wie sie — ich will nicht sagen — gemacht worden ist. Formell liegt keine Verfassungsverletzung vor; nach meiner Ansicht tritt hier der Fall der Ausnahme des Art. 71 der Verfassung. Mit größter Entschiedenheit lehne ich ab, die Ansichten Treitschke's welche das Gewicht der Volksvertretung herabdrücken müssen, zu theilen (Hört!); auch die Meinung Bethusy-Huc's, daß ein ordentlicher Friedensetat erst auf Grund eines Militärorganisationsgesetzes möglich ist, erkenne ich nicht an; dies Gesetz ist nur ein Postulat der Verfassung, die jährliche Bewilligung des Budgets aber aktuelles Recht. Mich leiteten andere Gründe. Das Budgetrecht in seiner Ausübung für den Militäretat ist ein wesentliches Recht der Volksvertretung, das aber nur prinzipaliter im Interesse des Reichswohls, eventualiter auch im Interesse des Heils der Volksvertretung — nur zur rechten Zeit ausgeübt werden darf. Dieser Zeitpunkt ist höchst wahrscheinlich 1873, ganz sicherlich aber 1872 noch nicht gekommen. Der Kompromiß, welchen uns die Regierung vorschlägt, ist das finanziell günstigste Auskunftsmittel für das Land. Wenn wir jetzt nach fast 11 Jahren wieder vor der Berathung eines Militärbudgets stehen, so ist es doch nicht entscheidend, ob wir noch ein oder zwei Jahre warten. Daß wir ihn schließlich berathen müssen, darum sorgen Sie nicht, dafür werden schon die Verhältnisse sorgen. Dann, m. H., ist die Feststellung eines ordentlichen Friedensetats für lange Jahre hinaus entscheidend. Wir wissen aus langjähriger Erfahrung, daß, wenn einmal eine Ausgabe in das Budget aufgenommen ist, es außerordentlich schwer ist, sie wieder durch ein Votum der Volksvertretung auszumerzen. Ist der Etat einmal festgestellt, so macht ihn schon die Natur der allgemeinen Wehrpflicht zu einem langjährigen, dauernden. Die Bevölkerung verändert sich langsam; der Friedensetat für Preußen war von 1820—32 und wieder von 1832 bis in die Mitte der fünfziger Jahre stationär. Die jetzige Feststellung des Etats wurde für lange Jahre das Verhältniß des Militäretats zu den übrigen Bedürfnissen des Staates regeln, und ich frage Sie, ob der jetzige Augenblick unmittelbar nach einem welterschütternden Kriege nicht der allerungünstigste ist, um gegenüber den unabweislichen Forderungen der Militär-Verwaltung den gesammten Staatshaushalt zu regeln. (Sehr wahr!) Daß die Regierung auf den Friedensetat drängt, begreife ich, aber nicht, wie Lasker und Hoverbeck es thun können. Die Größe des Militäretats hängt ab von der Ziffer der Friedenspräsenzstärke. Wie wir sie jetzt greifen, bleibt sie für lange Jahre; giebt es aber einen ungünstigern Zeitpunkt, wie den jetzigen? Ferner halte ich es für absolut unmöglich, jetzt einen speziellen Friedensetat aufzustellen. Ueber die Retablissementsgelder und ihre Rückwirkung auf den Etat fehlt uns jeder Aufschluß. 1866 betrugen sie 34 Millionen und das preußische Abgeordnetenhaus hatte zwei Jahre und noch länger daran zu rechnen. Jetzt werden sie noch viel höher sein. Ferner müssen doch auch die vier mobilen Divisionen auf den Etat kommen; dabei muß eine Abrechnung stattfinden, und das ist eine sehr bedenkliche technische Operation. Endlich machen es das Uebergangsstadium der württembergischen, badischen und hessischen Truppentheile, die dauernde Verstärkung der Besatzung in Elsaß-Lothringen, der Bau neuer Festungsbollwerke an unsern neuen Grenzen, nach meiner Meinung zu einer vollkommenen Unmöglichkeit, mit Ruhe den speziellen Friedensetat aufzustellen. Bedenken Sie dann, welche Summe von hochwichtigen Aufgaben — Bankfrage, Münzfrage, Strafprozeßordnung, Vereins- und Preßgesetz — Ihrer harren; denken Sie an die entscheidenden Vorlagen des preußischen Landtags — zu deren Bewältigung er mindestens ein Jahr Arbeit braucht (Heiterkeit) — und zu diesen ungeheuren Aufgaben, zu deren Lösung sie die volle Mitarbeit der Nation brauchen — wollen Sie Sich noch eine allerschwierigste Arbeit aufladen und Sie hoffen, sie sachlich zu lösen? Nach meiner Meinung ist aber nicht nur das Jahr 1872, sondern auch noch 73 ein zu früher Zeitpunkt. Die finanzielle Seite der Sache ist doch vom höchsten Interesse. Es ist nicht Alles Gold, was glänzt, und trotz des Gründungsschwindels, der täglich Millionen hervorzaubert, müssen wir die Kräfte der Nation aufs Sorgsamste schonen, Jeder Mehrbetrag für den Militäretat wäre äußerst bedenklich und wenn wir ihn durch ein Pauschquantum (die 500,000 Thlr. jährlich mehr kommen nicht in Betracht) vermeiden, so leisten wir dem Lande den wesentlichsten Dienst. In erster Reihe wäre ich also für ein dreijähriges Pauschquantum; aber das Gewissen vieler nationaler Männer sträubt sich dagegen, die Feststellung des Militäretats auf die Schulter des folgenden Reichstages zu wälzen; deshalb füge ich mich, wenn auch nicht ohne Bedenken, dem zweijährigen und bitte die Regierung dasselbe zu thun. Schließlich Einiges an die Adresse Hoverbeck's! Er hat nicht das Recht, im Namen der ganzen liberalen Partei zu sprechen und Andersdenkende „sogenannte" Liberale zu nennen. Ich folgte ihm nicht im preußischen Abgeordnetenhause in der Indemnitätsfrage, und auch nicht im Norddeutschen Reichstage bei der Verwerfung der Bundesverfassung; die Geschichte hat mir nach wenigen Jahren Recht gegeben (sehr zweifelhaft! links); auch meine heutige Ansicht wird nach wenigen Jahren gerechtfertigt sein. (Beifall.)

Abg. Bamberger: Mit dem Vorredner gehe ich ein gut Stück Weges, aber nicht bis ans Ziel; ob ein-, ob zwei-, ob dreijähriges Pauschquantum ist für mich durch einen sehr tiefen Graben geschieden. Ich freue mich aber, daß er die Treitschke'schen Ansichten nicht theilt. Es ist kein Schisma in der nationalliberalen Partei; wir sind nicht in Altkatholiken und Neukatholiken getheilt und wollen nicht mit Treitschke an die Stelle der Verfassung den absoluten Kriegsminister setzen oder richtiger das absolute Kriegsministerium, denn die Personen wechseln. Meine Freunde sind prinzipiell einig, daß jährliche Budgetbewilligung stattfinden muß; nur darin gehen die Ansichten weit auseinander, ob wir noch über diese Legislaturperiode hinaus auf unser Recht verzichten dürfen. Ich bin nun der Ansicht, daß eine Verschiebung bis zum neuen Reichstage nahe an völlige Verleugnung des Prinzips grenzt. Urheber des § 60 in der Reichsverfassung, welcher 1864 das Pauschquantum für vier Jahre ansetzte, war Forckenbeck; damals rief er in höchst energischen Tönen wohl zehnmal: „Das Recht des Volkes gebietet uns, der Regierung ein Bis hierher und nicht weiter! zuzurufen; vier Jahre sind das Höchste, was wir bewilligen können." Ich habe die Empfindung, wenn der Reichstag ohne Lösung dieser Frage auseinandergeht, daß er eine Signatur gegeben hat, die er nicht einlöst, daß er seinem Nachfolger überläßt, seine Schulden zu bezahlen. Entscheiden wir so, dann mag leicht der nächste Reichstag mit Treitschke sagen: Wir haben uns mit nützlicheren Dingen, wie mit dem Militäretat zu befassen. (Große Heiterkeit.) Die vorgebrachten Gründe rühren mich nicht im Geringsten. Man sagt, uns mangelten technische Kenntnisse. Dieser Einwand paßt auf Alles, was hier vorgebracht wird; wir entscheiden eben nach bestem judicium. Und was wir in zwei Jahren nicht lernen, lernen wir in dreien auch nicht. Die Regierung sollte als vorsichtiger Geschäftsmann doch lieber mit den bekannten Elementen dieses halb noch konstituirenden Hauses die kitzlichste und stachlichste Aufgabe abmachen, als mit seinem unbekannten Nachfolger. Treitschke hat dann, nachdem er sein Schlachtroß auf allen Schlachtfeldern der alten und neuen Zeit getummelt hatte (Heiterkeit) uns gesagt, wir machten mit der Vorlage ein gutes Geschäft. Ja, sind wir denn Roßtäuscher, die einander betrügen wollen? (Große Heiterkeit). Der Kriegsminister hatte es wirklich nicht nöthig, von den angeblich feindlichen Tendenzen dieses Hauses gegen die Armee zu sprechen; er war allerdings dazu durch den Anachronismus der Treitschke'schen Rede provozirt. Wir sind alle einig über die Nothwendigkeit des deutschen Heeres, die Vortrefflichkeit unseres Kriegsministers; aber sollen wir deshalb die gesetzlichen Formen vernachlässigen? Auch dem ehrenhaftesten Manne gegenüber macht man Geldgeschäfte notariell ab, und gerade ein solcher wird es verlangen; nur zweideutige Subjekte sagen: Wir sind ja Ehrenmänner, wozu die unnützen Schreibereien? (Heiterkeit.) 1867 sprach man von einem Parlament im Jahre 1871, das möglicherweise so destruktiv sei, daß es ein Parlamentsheer kreiren würde. Welches von den Mitgliedern dieser ehrenwerthen Versammlung, das je ein Kommando geführt hat, wird ein solches in einem Parlamentsheere annehmen? (Heiterkeit.) Die aus der auswärtigen Lage geschöpften Bedenken lassen mich sehr kalt. Man tuschelt sich in die Ohren: 1874 ist der Rest der fünf Milliarden fällig. Wenn Frankreich etwas will, ist es, den Fremden hinauszubezahlen; wenn es das nicht kann, ist es absolut ohnmächtig. Rede man doch nicht immer von dem drohenden, französischen Kriege! Befürchtet man ihn, so reizt man den einen, verlacht man ihn, provozirt man den anderen Theil des französischen Volkes. Handeln wir so, als ob er täglich bevorstände, und reden wir so, als ob er ein Ding der Unmöglichkeit sei. (Sehr gut!) Und wenn Jemand einmal von einer offiziellen Meinung abweicht, beschuldige man ihn nicht der Ausländerei! Deutschland hat seine Einigkeit dem Auslande gegenüber gezeigt. Meine Herren! Mit der stillschweigenden Mission, den Militäretat zu ordnen, gewählt, dürfen wir nicht ohne Lösung dieser Aufgabe auseinandergehen. Von der einen Seite doktrinär gescholten, von der anderen der Prinzipienlosigkeit angeklagt, fühle ich mich sehr wohl, wie immer, wenn ich von zwei Seiten attaquirt werde, denn das ist mir ein Beweis, daß ich auf dem rechten Wege bin. (Bravo.)

Präsident Delbrück: Ich nehme ungern das Wort, um mich über die politische Seite der vorliegenden Anträge auszusprechen, weil ich glaube, es würde dies viel besser und wirkungsvoller geschehen sein, wenn der Herr Reichskanzler nicht durch Unwohlsein verhindert wäre, hier zu erscheinen. Die Bedeutung der Vorlage liegt für mich in erster Linie darin, daß die Welt weiß, daß Deutschland im Jahre 1874 ebenso gerüstet dastehen wird, wie heute. Eine eminente Kriegsgefahr, wie sie hier von einigen Seiten geschildert worden ist, sehe ich nicht, glaube aber ebensowenig, daß uns nun eine Aera des Friedens garantirt sei. Der Frieden ist zwar geschlossen, Sie Alle aber wissen, daß er zum großen Theil erst bis zum 2. März 1874 ausgeführt sein wird. Es läßt sich nicht verkennen, daß in Frankreich eine starke Strömung vorhanden ist, welche entweder vor oder spätestens mit dem Termin der Erfüllung der Friedensbedingungen Revanche nehmen will; in die Regierung haben wir von jeher das feste Vertrauen gesetzt, daß sie ihr Wort erfüllen wird, und es ist auch bisher kein Ereigniß eingetreten, welches geeignet gewesen wäre, dieses Vertrauen zu erschüttern — doch Sie kennen das französische Volk. Es ist lebhaft, von berechtigtem Nationalstolz erfüllt und sucht nach den schweren Erschütterungen der letzten Zeit nach einem Schwerpunkt. Ob dieser bereits gefunden oder welche Wechselfälle auf dem Wege zu diesem Ziele noch durchzumachen sind, das weiß Niemand. Unsere Aufgabe wird es sein, Alles, was an uns liegt, zu thun, daß die Entwickelung ohne solche welterschütternden Wechselfälle sich vollziehe. Man hat gesagt, ein Versuch, Revanche zu nehmen, werde kein glücklicheres Resultat für das französische Volk haben, als der letzte Krieg. Ich theile diese Zuversicht durchaus, doch darauf allein kommt es nicht an. Unsere Aufgabe muß es sein, zu verhüten, daß Elend auf Elend gehäuft werde, daß ein neuer Brand sich entzünde, der nothwendig auch unser Land in das Unglück hineinzieht. Wir werden Alles daransetzen müssen, den Frieden zu erhalten und zur Erreichung dieses Zieles ist meiner Ansicht nach Nichts wirksamer, als die allseitige Ueberzeugung, daß der Bestand des Heeres bis zum Jahre 1874 keinen Wechselfällen ausgesetzt ist. Ich erkenne sehr wohl an, und es ist vom Abg. Lasker besonders betont worden, daß das Haus auch dann, wenn es das dreijährige Pauschquantum ablehnen sollte, die Wehrfähigkeit des Landes in keiner Weise verkürzen würde; — indessen, wenn wir dies auch wissen, so reicht die Kenntniß dieser Verhältnisse doch nicht weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. In Folge unserer vielseitigen Presse und weil wir überhaupt gewöhnt sind, uns in fremde Zustände mit Leichtigkeit hineinzufinden, sind wir vielleicht am befähigtsten, uns ein Urtheil über andere Länder zu bilden, und doch wissen Sie wie irrig dieses Urtheil oft ist. In noch ungleich höherem Grade muß dies der Fall sein bei Völkern, deren Presse sich vorzugsweise den inneren Angelegenheiten widmet, und so ist es natürlich, daß die Feststellung unseres ersten Militäretats in dem Fernrohr, durch welches die französische Presse unsere Verhandlungen ansieht, ganz anders als aus der Nähe erscheinen. An solche Chancen würden sich Hoffnungen knüpfen, denen wir in unserm eigenen Interesse von Anfang an jede Grundlage entziehen müssen. — Man hat die Frage aufgeworfen, weshalb wir die Vorlage nicht eher dem Hause vorgelegt haben. Die von mir angeführten politischen Gründe lagen allerdings schon früher in derselben Weise vor, dennoch glaubte der Bundesrath, Ihnen einen Spezialetat für das Jahr 1872 vorlegen zu sollen, um dadurch verfassungsmäßig aus dem bisherigen provisorischen Uebergangsstadium in einen regulären Zustand überzuleiten, und weil er den gegenwärtigen Augenblick für den günstigsten hielt, einen definitiven Etat festzustellen. Die Zeit reichte indessen für die erforderliche Arbeit nicht mehr aus, und so erschloß man sich im letzten Augenblick, Ihnen den vorliegenden Entwurf zu unterbreiten. Was das Amendement betrifft, welches das Pauschquantum auf nur zwei Jahre bewilligen will, so muß ich nach sorgfältiger Erwägung erklären, daß diese Lösungen von allen die unannehmbarste ist. Sie würde, ohne der Regierung einen Vortheil zu gewähren, alle Nachtheile der verschiedenen Vorschläge in sich vereinigen. Die Regierung würde es jedenfalls vorziehen müssen, bereits im nächsten Jahre einen definitiven Militäretat berathen zu lassen, als unmittelbar vor dem Jahre 1874; das letztere würde ein politischer Fehler sein, gleichbedeutend mit einer Verwickelung nach allen Seiten. Ein Pauschquantum gewährt überdies nur dann einen Vortheil, wenn ein längerer Zeitraum gestattet, die Ausgaben planmäßig zu vertheilen, zu echoloniren — und für keine Verwaltung ist dieser Umstand so wichtig als für die Armee. So stiegen beispielsweise im zweiten Semester des Jahres 1867 die Getreidepreise in der Weise, daß der Militär-Verwaltung eine Mehrausgabe von mehr als einer Million Thaler erwuchs. Bei einem jährlichen Etat wäre dieser Ausfall einfach als Etatsüberschreitung aufgeführt und nach der Natur der Sache vom Parlament als solche genehmigt worden; da die Regierung jedoch auf eine bestimmte Pauschalsumme angewiesen war, so blieb ihr Nichts übrig, als den Ausfall durch Ersparnisse an andern Titeln zu decken. Ein solcher Ausgleich ist aber nur innerhalb eines größeren Zeitraums möglich. Man könnte einwenden, daß der Nachtheil bei einer einjährigen Bewilligung eines Pauschquantums noch größer sei, dem ist jedoch nicht so, hat man nur den Zeitraum eines Jahres vor sich, so rechnet man mit viel bestimmteren Größen und bedeutende Abweichungen sind nicht so leicht zu befürchten. — Ich bitte Sie, sich durch die von dem Abg. Bamberger vorgeführten Reminiscenzen aus dem Jahre 1867 nicht abhalten zu lassen, der Vorlage zuzustimmen. Von den damaligen Voraussetzungen sind heute keine vorhanden, und die Verhältnisse haben sich vollständig geändert. Glauben Sie deshalb nicht, an dem festhalten zu müssen, was sie unter verschiedenen Umständen früher vertheidigt haben.

Abg. Crämer (Doos). Wir haben unser Mandat bekommen, die Rechte des Volkes zu wahren und zu erweitern; dies so überraschend eingebrachte Gesetz aber verlangt von uns, das wichtigste von den kümmerlichen Rechten, welches die Reichsverfassung dem deutschen Volke einräumt, preiszugeben. (Lebhafte Zustimmung links). Ich bin gern bereit, wie es die Regierung zuerst gewollt, für dies Jahr ein Pauschquantum zu bewilligen; aber für keinen Tag weiter. Kann das Haus keinen spezialisirten Militäretat aufstellen, so spricht es damit aus, daß der erste deutsche Reichstag schon bankerott ist, ehe er recht angefangen hat. (Sehr wahr! Bravo! links.)

Abg. v. Blanckenburg hält es für absolut unmöglich, im nächsten Jahr außer allen andern so wichtigen parlamentarischen Aufgaben, die dem Hause bevorstehen, noch einen spezialisirten Militäretat im Reichstage durchzuberathen. (Er müsse es auch bestreiten, daß das Haus ein Militär-Organisationsgesetz werde zu Stande bekommen; man hätte bei der Verfassungsberathung im konstituirenden Reichstag das Amendement Stolberg annehmen sollen, das war ein solches Organisationsgesetz. Eine Volksvertretung sei die ungeeignetste aller Versammlungen für ein Heeresorganisationsgesetz. Das vorgeschlagene Gesetz sei eine wahre Wohlthat für das Reich, um für jetzt und die nächste Zeit über eine gefährliche Klippe hinwegzukommen.

Abg. v. Bonin erklärt sich ganz entschieden für das einjährige, gegen das dreijährige Pauschquantum. Alle im Hause müssen zugeben, daß eine so peinliche Lage und ein so abnormer Zustand, wie er durch das gleichzeitige Vorhandensein zweier grundverschiedener Regierungs-Vorlagen über eine und dieselbe Materie gegenwärtig geschaffen sei, noch nicht dagewesen ist. (Sehr wahr! links.) Die Art. 71 und 72 der Reichsverfassung stehen geradezu der Bewilligung eines dreijährigen Pauschquantums entgegen.

Bundesbevollmächtigter von Roon: Der Abg. Reichensperger (Geldern) war so gütig zu sagen, sein Vertrauen in die Militärverwaltung sei so groß und eminet, daß er gar nicht daran zweifle, die Militärverwaltung würde auch mit einigen Millionen weniger auskommen. Dies Vertrauen des Abgeordneten gereicht mir zur großen Ehre, ich möchte aber doch bitten, daß er mich mit demselben in diesem Maße verschonen möchte. (Heiterkeit.) Ich habe die zweite Vorlage Ihnen empfohlen wegen der politischen Vortheile, die damit verknüpft sind und wegen der Nachtheile, die mit jedem anderen Arrangement verbunden sind, und ich muß ganz bestimmt erklären, daß ich vorläufig an der letzten Vorlage der Regierung festhalten muß, und daß ich das dazu gestellte Amendement nicht blos aus administrativen, sondern auch aus politischen Gründen für ganz unannehmbar halte. Nehmen sie die zweite Vorlage der Regierung an, und wenn diese die Mehrheit im Hause nicht findet, demnächst die erste Vorlage, so wie sie der Abgeordnete v. Bonin befürwortet hat, d. h. ohne Abstriche.

Abg. Friedenthal: Der einzige Gesichtspunkt, der für mich und meine politischen Freunde maßgebend ist, ist der konstitutionelle. Wir glauben mit den Abg. Lasker und v. Hoverbeck, daß es für die konstitutionelle Entwickelung von der größten Wichtigkeit ist, eine so fundamentale Institution, wie die Armee, in den Etat einzufügen. Wir wollen aber diese Einfügung nicht anders als auf Grund eines Organisationsgesetzes, und nicht bevor ein solches vereinbart ist. Denken Sie sich eine Etat-Berathung über den Justizetat ohne Justizverfassung. Zu welcher Verwirrung aller Verhältnisse würde das nothwendig führen? Nur durch eine gesetzliche Begründung der Heeres-Organisation kann die Militärverwaltung auf das richtige Maß geführt werden, welches dem Lande die Sicherheit gewährt, daß sparsam und gut mit seinem Gelde umgegangen wird. Ich habe die Hoffnung, daß die Regierung gerade aus den Debatten dieser Tage und der daraus erkennbaren Stimmung des Hauses die Nothwendigkeit erkennen wird, ein solches Militär-Organisations-Gesetz herbeizuführen. Für ein solches Werk aber bedarf es einer hinlänglichen Zeit, das kann man nicht in wenigen Monaten machen. Das sind die Gründe, weswegen wir Ihnen das dreijährige Pauschquantum empfehlen.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Miquel (zweijähriges Pauschquantum) in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 84 Stimmen abgelehnt. (Dafür stimmen fast ausschließlich Mitglieder der national-liberalen Partei). Es wird hierauf zum Namensaufruf über § 1 der Regierungsvorlage (dreijähriges Pauschquantum) ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

schritten. Derselbe ergibt 150 Stimmen für, 134 Stimmen gegen die Vorlage; dieselbe ist also mit einer Mehrheit von 16 Stimmen angenommen.

Es haben Zentrum und Fortschrittspartei geschlossen gegen die Rechte und die deutsche Reichspartei geschlossen für das dreijährige Pauschquantum gestimmt. Die übrigen Fraktionen stimmen getheilt. Die Polen stimmten das Pauschquantum, die deutschen Abgeordneten unserer Provinz nämlich Eggert, Unruh-Bomst, Schulenburg-Filehne dafür, v. Rönne, der Abgeordnete für Birnbaum-Samter ist auf keiner Liste zu entdecken, scheint also nicht anwesend gewesen zu sein; Fraustadt ist gegenwärtig, nachdem Hr. v. Puttkammer befördert ist, keinen Abgeordneten. Interessant dürfte es manchen Lesern noch sein, daß Krieger (Lauenburg) für das Pauschquantum gestimmt hat.

Durch den obigen Beschluß sind also in zweiter Berathung für 1872 bis 74 je 90,373,275 Thlr. bewilligt, abzüglich der Nachlässe an einige Einzelstaaten, die von Jahr zu Jahr geringer werden. Für 1872 reduzirt sich dadurch die Summe auf 89,996,393 Thlr., von denen 10,854,900 Thlr. Baiern überwiesen werden. Der Präsident führt nunmehr die einzelnen Positionen des Militäretats dem Hause zu etwaigen Monituren vorüber. Bei der Position, welche für Baiern ein Pauschquantum von 10,854,900 Thlr. auswirft, fragt Abg. Lasker, ob mit Bewilligung des dreijährigen Pauschquantums für das Reich auch die bairische Regierung sich ihrer Verpflichtung überhoben glaube, einen speziellen Militäretat mit dem bairischen Landtage zu vereinbaren. Da nach dem Versailler Vertrage für Baiern die Verpflichtung bestehe, den Spezialetat in Uebereinstimmung mit dem Reichsetat aufzustellen, so könne man aus dem Wegfall des Reichsetats möglicherweise folgern, daß auch in Baiern die Berathung eines Spezialetats wegfalle.

Minister v. Roon erklärt hierauf, daß auch bei Annahme des dreijährigen Pauschquantums in dritter Lesung die Militärverwaltung ihren Etat aufstelle, nach welchem verwaltet werde. Dieser Etat werde dem bairischen Kriegsminister als Norm für seinen Spezialetat übersandt und von seiner Loyalität müsse erwartet werden, daß er denselben ebenso für Baiern zum Muster nehme, als wenn der Reichstag ihn festgestellt habe.

Abg. v. Stauffenberg tritt dieser Ansicht bei und erklärt es nach der Verfassung für unzweifelhaft, daß die Bewilligung des Pauschquantums an die Reichskriegsverwaltung das Recht des bairischen Landtages in keiner Weise alterire. Sämmtliche Anträge und Resolutionen der Kommissarien des Hauses betreffend die Matrikularbeiträge, die Vertheilung der Kriegsentschädigung 2c. werden unter Zustimmung der Regierung fast ohne Debatte angenommen.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Dritte Berathung des Bundeshaushalts.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 30. Novbr. Im Abgeordnetenhause hat sich eine neue Fraktion gebildet, die sich „liberales Zentrum" nennt. An der Spitze steht der Abg. v. Bonin, es sind einige zwanzig Mitglieder bereits beigetreten, ehemalige Alt-Liberale, versprengte Mitglieder des alten linken Zentrums und mehrere sogenannte „Wilde". — Präsident v. Forckenbeck hat gestern die Präsidial-Wohnung im Beckerschen Hause neben dem Abgeordnetenhause bezogen. Von den drei Parlamentshäusern, welche Berlin jetzt umfaßt, hat nur das Herrenhaus eine eigene Präsidenten-Wohnung, das Abgeordnetenhaus und der Reichstag müssen einstweilen noch Wohnungsräume für ihre Präsidenten miethen. — Eine allgemeine parlamentarische Vereinigung von Mitgliedern aller Fraktionen des Reichstages, wie beider Häuser des Landtages fanden gestern Abend in den Räumen der Reichstags-Restauration statt. Da diese weitaus zu eng waren für die Zahl der Gäste, so mußten das Foyer und die Korridore hinzugenommen werden. Beim edlen Reben- und dem nicht unedlen Gerstensaft saßen die Reichs- und Landboten neben einander, selbst das Herrenhaus hatte seine Exklusivität aufgegeben und des Haders mit dem Reichstage vergessen. Die Theilnehmer des improvisirten Festgelages mögen bis tief in die Nacht hinein zusammen geblieben sein. — Der Schriftsteller, auf welchen nach einer am Freitag von Hrn. v. Hennig gemachten Andeutung der Präsident Simson sein Auge als den zukünftigen Bibliothekar des Reichstages gerichtet hat, ist der dramatische Dichter Dr. Lindner.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 1. Dezember.

— **Herr Polizeidirektor Staudy** ist am Montage wieder von Königsberg zurückgekehrt.

— **Die neue Posener Bauordnung** ist zwar im Entwurfe des Magistrats schon längere Zeit fertig und durchberathen, doch zögert der Magistrat noch, ihr Fortgang zu geben, so lange der jetzt in den letzten Stadien der Berathung befindliche neue Entwurf einer zeitgemäßen Bauordnung für Berlin nicht seine endgültige Gestalt gewonnen hat, weil es wünschenswerth erscheinen muß, die Grundsätze der Berliner Bauordnung vor Feststellung des hiesigen Entwurfs kennen zu lernen.

— **An der Warthebrücke** für die Posen-Thorner Eisenbahn wird gegenwärtig der eiserne Oberbau aufgerichtet, und zwar zunächst die erste Spannung von 70 Fuß Länge zwischen dem Uferpfeiler am Gerberdamm und dem ersten Strompfeiler. Es sind zu diesem Behufe dort zahlreiche Pfähle eingerammt und ein Gerüst auf demselben errichtet worden, auf welchem die Zusammenstellung der eisernen Brückentheile erfolgt; es wird dabei Stück an Stück mit glühenden Nieten zusammengenietet und sind die Löcher für dieselben bereits in der Stettiner Fabrik, welche den eisernen Oberbau geliefert hat, gebohrt. Bei der außerordentlich großen Anzahl von Nieten, die dabei zur Anwendung gelangen, schreitet das Zusammenstellen der Brücke langsam vorwärts, und ist gegenwärtig, nachdem etwa 2 Wochen daran gearbeitet worden, etwa die Hälfte der ersten Spannung zusammengestellt; für die zweite Spannung zwischen den beiden Strompfeilern sind bereits die Pfähle zur Aufstellung des Gerüstes eingerammt. Der Brückenbau ist insofern interessant, als dabei zum ersten Male am hiesigen Orte neue Prinzipien der Brückenkonstruktionen zur Anwendung gelangen: die gesammten Pfeiler sind auf Brunnen fundamentirt worden, welche allmälig durch Ausbaggerung ins Warthebette versenkt wurden, und der eiserne Oberbau besteht aus Polygonal- oder Schwedler-Trägern.

— **Die Aichungs-Inspektionen** sind angewiesen worden, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß die bisherigen besonderen Stempel für Medizinalgewichte sowohl nach Art 7 der Maß- und Gewichtsordnung, als nach dem Zirkular der kaiserlichen Normal-Aichungs-Kommission Nr. 7 künftig nicht mehr zur Anwendung kommen dürfen, daß vielmehr die Medizinalgewichte bisheriger Form, wenn sie auch nach dem 1. Januar 1872 dauernd zulässig bleiben sollen, den neuen Stempel und das Präzisions-Zeichen, nämlich den sechsstrahligen Stern empfangen müssen.

— **Zwei jugendliche Industrieritter** kamen am Mittwoch in den Laden des Mechanikus und Optikus Hrn. Förster in der Ritterstraße, verlangten kleine Pistolen und entfernten sich, als sie hörten, daß es dort solche nicht gäbe. Bald nachher wurde bemerkt, daß gleichzeitig mit den kleinen Dieben eine werthvolle goldene Brille vom Ladentische verschwunden war.

— **Eine Razzia** wurde am Donnerstage Abends innerhalb unserer Stadt abgehalten und sind dabei 21 zum Theil obdachlose Personen verhaftet worden.

— **Die Symphonie-Soiréen** des Hrn. Appold, welche wir im vorigen Winter schmerzlich vermißten, werden in der laufenden Saison dem musikalischen haut-goût des posener Publikums willkommene Nahrung zuführen. Es sind neben den zahlreichen klassischen Musikpiecen auch einige Novitäten (u. A. eine Suite von Raff) in Aussicht gestellt. Die erste Soirée findet Montag den 4. Dezember im Bazarsaale statt.

— **Darlehnskassenscheine.** Es ist ein viel verbreiteter Irrthum, daß „sämmtliche" Darlehnskassenscheine, die sich in Umlauf befinden, eingelöst werden sollen. Dies ist indeß keineswegs der Fall; die Maßregel erstreckt sich vielmehr nur auf diejenigen Scheine, welche die Jahreszahl 1870 tragen und trifft weder die sogenannten Nothstandsscheine des Jahres 1868, noch den kleinen Rest der Kriegsscheine des Jahres 1866.

— **Der „Pan Tadeusz'** wird bekanntlich zu den bedeutendsten Schöpfungen des polnischen Dichters Adam Mickiewicz gezählt. Die Handschrift des Gedichtes war im Besitz des Sohnes des Poeten, welcher als Buchhändler in Paris durch die Kommune an Hab und Gut geschädigt worden ist. Dadurch war der letztere gezwungen, die Handschrift für 4000 Francs an den Grafen Stanislaus Tarnowski, Universitätsprofessor in Krakau, zu verkaufen. — Der letzte von den Brüdern des Dichters, Julian Alexander Mickiewicz, starb am 16. November auf seinem Gute Gubernia im lithauischen Gouvernement Grodno. Er war Professor der Rechte in Kiew und Charkow gewesen und als juristischer Schriftsteller nicht ohne Ruf.

⊖ **Kobylin**, 29. Nov. [Bestätigung.] Die Bestätigung des von unserer Stadtverordneten-Versammlung gewählten Bürgermeisters durch die k. Regierung ist endlich eingetroffen, trotzdem mannigfache Denunziationen und Anfeindungen Seitens der polnischen Partei dieselbe zu verhindern bestrebt waren. Der Bestätigte wird aller Voraussicht nach, unbeirrt durch Parteirücksichten und unbeeinflußt durch die polnische Partei die Stadt in würdiger Weise vertreten.

‡ **Neustadt b. P.**, 29. Nov. [Wollgeschäft.] Ungeachtet der günstigen Berichte der Kolonialwollmärkte, nach welchen auf den Londoner Auktionen sehr viele fremde Käufer anwesend sind und der Aufschlag für Kap- und australischen Wollen einen vollen Penny beträgt, haben wir doch gegenüber dem Geschäfte in andern Jahren sehr wenig Verkehr. Trotzdem wir zu dem Glauben berechtigt waren, daß Wollen mit gelungenen Wäschen, die sich auf den Frühjahrswollmärkten etwas rar machten, zu guten Preisen schlank vom Lager genommen werden würden, und daß der gesicherte Frieden sehr dazu beitragen würde, die Geschäftsabschlüsse zu erleichtern. Wir können uns aber doch der Hoffnung nicht verschließen, daß gut behandelte Wollen, wie wir sie hier haben, noch in den Wintermonaten Abnehmer finden, und wenn in London ein Aufschlag stattgefunden, er auch bei uns nicht ausbleiben kann.

—r. **Obornik**, 29. Nov. (Eisenbahnkonferenz.) Eine Konferenz, welche hier heute zwischen den Technikern der pommerschen Zentral-Bahn und dem Komite in Obornik stattgefunden, hat die Angelegenheit wegen des Eisenbahnbaues von Kolberg über Schneidemühl nach Posen wesentlich gefördert. Nach einer gründlichen Berathung und genauen Erforschung des Terrains ist man nämlich übereingekommen, der Bahn die Richtung Schneidemühl-Chodziesen-Rogasen-Obornik-Rokitnica mit dem Anschluß östlich über Wongrowiec nach Nakel und westlich nach Buk zu geben und mit den erforderlichen Vorarbeiten, zu denen die Adjacenten die erforderlichen Mittel aufgebracht haben, sofort zu beginnen, eine Linie, welche nicht nur hinsichtlich der Rentabilität eine Zukunft hat, sondern auch geeignet ist, sowohl die Interessen der Gesammtheit, als die der dabei betheiligten Kreise wesentlich zu befriedigen.

△ **Bromberg**, 28. November. [Garnison. Militär-Casino. Central-Verein. Häuserkauf. Gasbeleuchtung. Theater.] Unsere Garnison schmilzt noch mehr zusammen. Von Neujahr ab zählt das Bataillon nur noch 160 Mann. Die dienstthuenden Reserve-Offiziere werden entlassen und die disponibeln Offiziere gehen zum 21. Inf.-Reg. nach Epinal zurück. — Durch die Vereinigung des Militär-Casinos mit der Gesellschaft „Erholung" ist eine neue Ressourse entstanden die auch ein neues Statut herausgegeben hat. Die Gesellschaft besteht aus sämmtlichen im activen Dienst befindlichen Offizieren, u. sämmtlicher Militär-Ober-Beamten der Garnison. — No. 7., 8. und 9. (Juli, August, September) der Mittheilungen der landwirthschaftlichen Central-Vereins sind so eben erschienen. Die General-Versammlung findet am 8. und 9. Dezember im Englischen Hause statt. Auf der Tagesordnung befinden sich als Berathungsgegenstände u. A.: Wie soll im Jahre 1872 die Vereinigung des Netz-Distrikts mit Preußen gefeiert werden? Mittheilungen über Versuche mit künstlichen Düngemitteln, Bericht über Einrichtung eines Zuchtviehmarktes in Bromberg. — Von Seiten der Oberschlesischen Eisenbahn sind mehrere Grundstücke in der Nähe des Bahnhofes angekauft worden. Das Rosenthalsche Haus für 16,000 Thlr., das Hotel de Russie (gegenüber gelegen) für 20,000 Thlr. Ebenso soll das den Neumannschen Erben gehörige Etablissement, mit Ring-, Ziegel- und Kalköfen nebst dem Lehmlager bei Okollo für 90,000 Thlr. verkauft sein. — Viel Klagen vernimmt man über unsere Gasbeleuchtung, so daß an die Direktion der Anstalt eine Beschwerde um baldige Abhülfe der betr. Uebelstände gerichtet worden ist. — Hrn. Theater-Direktor Schäfer aus Posen, welcher mit seiner Opern-Gesellschaft gegen Ende der Saison hier Vorstellungen veranstalten will, prophezeien alle Theaterbesucher ein günstiges Resultat. Wie wir hören, ist Hr. Dir. Schäfer nicht abgeneigt, auch für den Sommer eine Gesellschaft hier zu etabliren. Da zwei Sommertheater hier vorhanden sind, dürfte die bessere Gesellschaft den meisten Zuspruch finden.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das erste Heft des Jahrganges 1872 der **Annalen des Deutschen Reichs** von Dr. G. Hirth ist schon jetzt bei Stilke und van Muyden in Berlin erschienen und hat folgenden Inhalt: Zur Frage der Trennung von Staat und Kirche in Deutschland (I. Erklärung der bairischen Regierung vom 14. Oktober 1871)). — Thronrede zur Eröffnung des Reichstags (16. Okt. 1871). Militär-Konvention mit Hessen. — Ueber Gründung und Einrichtung einer Reichsbehörde für deutsche Statistik. — Die Grundlagen eines Reichsgesetzes über die Presse (Referat von Dr. K. Biedermann und Entwurf des Vereins „Berliner Presse"). — Die Entwickelung der Justizgesetzgebung und Rechtspflege des Deutschen Reichs, von Dr. W. Endemann. — Die Konvention mit Frankreich vom 12. Okt. 1871, nebst Denkschrift 2c. — Die „Annalen" sollen mit dem neuen Jahrgang eine bedeutende inhaltliche und äußere Erweiterung erfahren durch die Aufnahme einer größeren Zahl selbstständiger Abhandlungen, kritischer Rückblicke auf Gesetzgebung und Verwaltung 2c. Die Bogenzahl wird auf 80—100 erhöht, der Preis für die acht starken Hefte aber bleibt derselbe, nämlich 3 Thlr. oder 9 Mark. Zu erwähnen ist noch, daß von den Annalen eine zeitgemäße Preisaufgabe gestellt wird: über „die Beziehungen zwischen Volkswirthschaftslehre und Rechtswissenschaft in Deutschland." Auf die Abhandlung, welche am besten die volkswirthschaftlichen Fragen in eine klare Stellung zu dem bestehenden Recht und den aus dem Wesen des Deutschen Staats fließenden Rechtsanschauungen bringt, ist ein Preis von 450 Mark in Gold ausgesetzt.

Vermischtes.

* **Berlin**, 30. November. Ein Baron v. Wedeke-Hermsdorf wird, der „Daub. Stb.-Ztg." zufolge, demnächst auf der Anklagebank erscheinen, beschuldigt, eine bedeutende, für die Verwaltung von Elsaß-Lothringen bestimmte Summe an sich gebracht zu haben. Der preußische Gesandte an einem befreundeten Hofe, ein naher Verwandter des Angeklagten, sei in diese Sache verwickelt; seine und des ganzen Gesandtschaftspersonals gerichtliche Vernehmung sei bereits erfolgt, und aller Wahrscheinlichkeit werde der Herr Gesandte vor dem hiesigen Schwurgericht sein Zeugniß abgeben müssen. — Nach dem genannten Blatt ist der Angeklagte der Sohn des famosen Geheimraths Wedeke, eines preußischen geheimen Polizeibeamten, der dem Minister v. Wittgenstein und Herrn v. Tschoppe als solcher politische Dienste leistete, als solcher das Testament Friedrich Wilhelms III. gestohlen habe, jedoch, weil Mitwisser von kompromittirenden Geheimnissen hochgestellter Persönlichkeiten, nicht nur nicht bestraft, sondern sogar mit sehr bedeutendem Gehalt als Konsul nach Rumänien geschickt worden sei. Von dort sei er bald ohne Urlaub zurückgekehrt und habe hier gelebt, über unbeschränkt scheinende Geldmittel verfügend und mit den höchsten Persönlichkeiten verkehrend. Gegen Ende der vierziger Jahre verschwand er hier und war in Paris thätig, wo er einen persönlichen Verkehr mit dem Präsidenten Louis Napoleon unterhielt, der bekanntlich viel Geld brauchte, um seine Dezember-Bande anzuwerben, die Armee zu erkaufen und den Staatsstreich zu machen. „Im Jahre 1850 oder 1851", erzählt die „D. S. Z." weiter, gelangte ein Schreiben von ihm aus der Schweiz hierher an einen der königlichen Familie sehr nahestehender Mann, in welchem er drohte, ein gewisses Geheimniß zu veröffentlichen, wenn ihm nicht die Summe von 40,000 Thlrn. gezahlt würde. Es schien, als wolle man auf seinen Antrag eingehen; Wedeke kam mit dem Glauben, daß er die geforderte Summe erhalten sollte, über die Grenze nach Baden, dort aber wurde er verhaftet. Er wurde nach Berlin gebracht, wo ihn nach kurzer Zeit im Gefängnisse ein plötzlicher Tod ereilte." (Letztere Sache machte damals großes Aufsehen. Die Herren Nörner und Stieber hatten den Wedeke aus der Schweiz nach dem Badischen gelockt, um ihn dort widerrechtlich abzufangen und hier unschädlich zu machen.) — Gestern Morgen wickelte sich an der Potsdamer und Steglitzer Straßen-Ecke ein Familiendrama ab, dessen Motive noch unbekannt sind, dessen Folgen jedoch höchst trauriger Natur sein werden. Eine höchst anständig gekleidete Frau verfolgte ihren Gatten mit einem geladenen Doppelterzerol, feuerte einen Schuß auf ihn ab und verwundete ihn am Arme. Die Kugel flog weiter und surrte dem Milchmann, welcher gerade vor der Hausthür hielt, dicht am Ohr vorbei. Zum Glück sprangen sofort mehrere in der Nähe befindliche Personen herbei und entwaffneten die Wüthende, bevor sie den zweiten Schuß abgeben konnte. Als man sie durchsuchte, soll sich auch ein Fläschchen mit Gift in ihrer Tasche befunden haben, womit sie aller Wahrscheinlichkeit nach ihrem eigenen Dasein nach vollbrachtem Attentate ein Ziel zu setzen gedachte.

* **Einen landwirthschaftlichen Strike** haben, wie der „Dem. Ztg." aus Nauen mitgetheilt wird, die Bauerknechte in dem Dorfe Tremmen ausgeführt. Dieselben erklärten insgesammt nicht unter 80 Thlr. Lohn zu arbeiten und überhaupt bei einem Bauern nicht, welcher keine Dreschmaschine hat. Sie behaupten, das Hantiren und Umgehen mit Flegeln sei nicht mehr zeitgemäß und eines gebildeten Menschen unwürdig.

* **Braunsberg**, 27. Novbr. Die ins Kloster Eintretenden müssen bekanntlich das Gelübde der „evangelischen Armuth" ablegen. Um dies thun zu können, bedarf man aber eines beträchtlichen Vermögens, so daß es auch hier Manchem so geht, wie es neulich ein Witzblatt darstellte, in dem Jemand sagte: „Mir fehlen noch so viele hundert Thaler, um das Gelübde der Armuth ablegen zu können." Ich kann dabei nicht ein Beispiel verschweigen, das sich unlängst im Ermlande zutrug. Der Schulze eines Dorfes gab seine Tochter in das Kloster der Katharinerinnen zu Heilsberg. Während des Novizenjahres verheirathete sich eine andere seiner Töchter, und die Vorsteher des Klosters merkten sich genau, wieviel diese an Mitgift erhalten habe. Als der Schulze am Ende des Novizenjahres die definitive Aufnahme der Tochter beantragte, bot er zugleich eine bestimmte, nicht unbeträchtliche Pauschsumme an. Diese wurde aber nicht akzeptirt, sondern es wurde genau die Summe gefordert, welche die andere Tochter erhalten hatte. Man fragte den Schulzen, ob ihm eine Tochter minder werth sei, als die andere, man wandte noch andere Mittel an, aber der Bauer legte nichts zu, denn er hatte ja diese Tochter nur auf eine billige Weise „versorgen" wollen. Endlich wurde er ärgerlich und sagte: „Wenn ich denn doch einmal so viel geben soll, so lasse ich sie doch viel lieber heirathen.„ Sprachs und nahm „die Braut des Herrn" nach Hause. Wenn 2 Parteien sich zu gut auf's Geschäft verstehen, so wird gewöhnlich Nichts daraus. (Elb. Anz.)

* **In Bulle** (im Kanton Freiburg) fand kürzlich aus Anlaß der bevorstehenden Großrathswahlen eine Versammlung von über 700 Ultramontanen aus dem Greywerzthale statt, an welche General Castella eine Rede hielt, die mit den Worten schloß: „Bauersleute! Wählt entweder Weihwasser oder Petroleum!"

* **Theaterskandal.** Das so prahlerisch angekündigte Auftreten der Fürstin Emma Matschinska in der Oper „Ernani" hat im Pester National-Theater Veranlassung zu einem Skandal gegeben, wie er in diesem Institute bisher noch nicht erlebt worden ist. Die Fürstin, welche unter dem Namen Merelli die Elvira sang, machte ein vollkommenes Fiasco. Sie wurde ausgezischt, ausgepfiffen, ausgelacht, kurz, das Nationaltheater war der Schauplatz von Vorgängen, wie man sie kaum für möglich gehalten.

* **Von dem Vicomte de Gontaut Biron**, dem neu ernannten Botschafter Frankreichs in Berlin, dem von 19 Kindern noch 14 am Leben geblieben sind, äußerte ein Diplomat, daß er seinem Kinderreichthum die Ehre verdanke, die ihm zu Theil geworden, obwohl er sonst noch nie diplomatische Talente an den Tag zu legen Gelegenheit hatte, „car avec ses douze (soll heißen quatorze) enfants il répresente à merveille l'idée de la revanche", z. D. mit seinen 14 Kindern repräsentirt er vortrefflich die Idee der Revanche.

* **Die National-Versammlung der französischen Republik** zählt unter ihren 750 Mitgliedern einen Prinzen, den Prinzen von Joinville; einen Monseigneur, Monseigneur Dupanloup; 7 Herzöge, unter ihnen den Herzog von Aumale; 8 Vicomtes, 12 Barone, 28 Marquis, 43 Grafen, 84 „Herren von", 20 Generale, 6 Admirale und 3 Oberste.

* **Ein englischer Mäßigkeitsprediger** ließ unlängst auf einem öffentlichen Meeting in einer Ansprache die Bemerkung fallen, daß die Königin Victoria dem Trunke ergeben sei. Diese hochverrätherische Aeußerung des Mäßigkeitsapostels wurde flugs dem Minister des Innern denunzirt. Dieser aber wies die Denunziation mit dem Bemerken zurück, daß dergleichen Verläumdungen am besten dadurch geahndet würden, daß man Denjenigen, der sie ausstoße, der öffentlichen Verachtung preisgebe.

* **In Chicago** beabsichtigt man als Sicherheit gegen Feuersgefahr eine Zentralheizung der neu zu erbauenden Stadttheile mittelst Dampf in großartigem Maßstab einzuführen, dergestalt, daß 8—10 Block (Häuser-Viertel) mittelst eines einzigen Dampfkessels und von ihm ausgehende Röhrenleitung geheizt werden. Der Dampf würde zum Heizen, zum Kochen und Waschen, sowie zum Löschen von Feuer, namentlich beim ersten Ausbruch, zu benutzen sein.

* **Riesentorte.** Zur Feier der Wahl des neuen Präsidenten von Chili, Don Federigo Erazuriz, wurde in Valparaise ein drei Meters (9½ Schuh) hoher Zuckerkuchen verfertigt, einen Tempel vorstellend, in dessen Halle die fast lebensgroße Figur des neuen Präsidenten aus Zuckergebäck im Dreimaster stand, und welcher unter großem Jubel verspeist wurde. Der Kuchen kostete nur 500 Pesos (1000 Silbergulden).

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Zur Petitionsangelegenheit der Volksschullehrer.

Aus einigen Kreisen der Provinz laufen Nachrichten hier, ein, daß die Lehrer dort besondere Petitionen an das Abgeordnetenhaus vorbereiten, während doch die Dr. Jüttingsche Gesammt-Petition der preußischen Volksschullehrer auch in unserer Provinz bereits zur Verbreitung gelangt. Jene Lehrer bedenken nicht, daß sie durch ihr Einzelvorgehen der Sache blos schaden können; nur durch ein gemeinschaftliches einmüthiges Handeln aller Lehrer kann der gewünschte Eindruck an maßgebender Stelle erzielt werden. Der Vorstand des Vereins Posener Lehrer hat sich in direkte Verbindung mit Dr. Jütting gesetzt und die Petition und die umfangreiche Denkschrift bereits zugeschickt erhalten. Die Petition soll in einer Versammlung der Vereinsmitglieder heute Abend zur Verlesung kommen.

Einladung zur Subscription

von

10,000 Stück Actien à Thlr. 200 Nominal

der

Actien-Gesellschaft

für

Schlesische Leinen-Industrie

vormals

C. G. Kramsta & Söhne

in Freiburg in Schlesien.

Die sämmtlichen Etablissements der Firma C. G. Kramsta & Söhne in **Freiburg** in Schlesien als Hauptsitz mit Zweigniederlassungen in **Bolkenhayn, Märzdorf, Leipzig** und **Neisse** sind nebst den dazu gehörigen Vorräthen von Rohstoffen, Ganz- und Halbfabrikaten, mit den Nutzungen vom 1. September 1871 ab, an eine Actien-Gesellschaft übergegangen, welche sich unter der Firma:

Actien-Gesellschaft für Schlesische Leinen-Industrie

(vormals C. G. Kramsta & Söhne)

constituirt hat.

Die grosse Bedeutung der Leinen-Industrie Schlesiens, deren Erzeugnisse für den Bedarf aller Klassen passend und sowohl hinsichtlich der Güte, als der Preise stets lebhaft begehrt sind, ist weltbekannt.

Dieselbe ist wesentlich gefördert worden durch die Leistungen der erworbenen Etablissements und des damit verbundenen Fabrikationsbetriebs, welcher sich ebenso durch die Mannigfaltigkeit und Vorzüglichkeit der Erzeugnisse, wie durch den bedeutenden Umfang des Absatzes einen in den weitesten Kreisen hervorragenden Ruf erworben hat.

Die Fortführung, Erweiterung und Vervollkommnung dieser Etablissements, deren Production bereits jetzt sehr steigerungsfähig ist, ist Zweck der Actiengesellschaft.

Die vollständige Combination aller einzelnen Arbeitsbranchen, wie **Spinnerei, Weberei, Bleicherei, Färberei, Appretur,** von denen jede für sich mit vorzüglichen technischen Einrichtungen und bewährter fachmännischer Leitung versehen ist, **die zahlreiche und feste Kundschaft, der günstige Erwerbs-Preis verbürgen die sichere und lohnende Rentabilität des Unternehmens.**

Die industriellen Anlagen umfassen

a. in **Freiburg** gelegen
1) die grosse Flachsgarnspinnerei mit **13,000** Spindeln;
2) Die Maschinenbauanstalt;
3) die am Markt gelegenen acht Häuser;
4) den Packhof mit Seitengebäuden;
5) die Stärkefabrik;

b. in **Polsnitz:**
6) die Wasser- und Dampfmangel nebst Trockenhaus;
7) die im letzten Jahre hergestellte Färberei nebst zwei Dampfmangeln, Trockenhäuser etc.;
8) die grosse Stückbleiche nebst Appretur-Anstalt, Beatle-Maschine, Dampfmangel, Trockenhaus, Gasanstalt;
9) die englische Garnbleiche mit circa 30 Morgen Areal;
10) die Garn-Rasenbleiche mit 20 Morgen Areal;

c. in **Rudelstadt:**
11) die sehr bedeutende englische Garnbleiche nach neuester Einrichtung, mit Trockenhaus und circa 30 Morgen Areal;

d) in **Märzdorf:**
12) die Werk-Garnspinnerei von **3000** Spindeln mit Speichern, in welche ein Seitenstrang der Schlesischen Gebirgsbahn einmündet und ca. 75 Morgen Areal;

e. in **Bolkenhayn:**
13) die für eine erhebliche Vergrösserung angelegte, gegenwärtig 460 Webstühle umfassende mechanische Weberei mit Gasanstalt etc.
14) die dort belegenen vier Häuser;

f. 15) die im Bolkenhayner, Schönauer und Hirschberger Kreise belegenen vier Rasenbleichen.

Sämmtliche Etablissements sind mit allen nöthigen Magazin-, Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, sowie dem zu jeder Vergrösserung zureichenden Areal versehen und inmitten des Waldenburger Kohlenreviers gelegen.

Neben dem mechanischen Betrieb sind noch gegen **5000** Handstühle für die Fabrikation beschäftigt.

Es sind sonach alle Vorbedingungen grösster Leistungsfähigkeit, welche die Ausdehnung des Geschäfts noch über den gegenwärtigen sehr bedeutenden Umfang hinaus ermöglichen, vorhanden.

Die übernommenen mehr als **zwei Millionen Thaler betragenden Bestände von Rohstoffen, Ganz- und Halbfabrikaten aller Art sind zu Preisen erworben, welche einen ansehnlichen Gewinn sichern.**

Für die ebenfalls in den Besitz der Actiengesellschaft übergegangenen Aussenstände ist der volle Eingang Seitens der Verkäufer garantirt.

Die bisherigen Mitbesitzer, Herr **Georg von Kramsta** und Herr **Emil Wuthe**, bethätigen ihr Interesse für das fortdauernde Gedeihen des Unternehmens durch ihren Eintritt in den Verwaltungsrath, welcher auserdem gebildet wird aus den Herren:

Commerzienrath **J. Friedenthal** Präsident der Breslauer Handelskammer, in Firma Gebr. Friedenthal in Breslau, als Vorsitzender;
Adolph Hagen, Director der Deutschen Union-Bank in Berlin; als stellvertretender Vorsitzender;
Moritz Cohn in Firma Gebr. Guttentag in Breslau;
Fromberg, Director des Schlesischen Bankvereins in Breslau;
Julius Kauffmann in Firma Meyer Kauffmann in Tannhausen in Schlesien;
Louis Liebermann, in Firma Liebermann & Co. in Berlin;
Julius Reichenheim in Firma N. Reichenheim & Sohn in Berlin;
Dr. Websky in Firma E Websky & Hartmann in Wüste-Waltersdorf.

Zur Leitung des Ganzen ist der langjährige Disponent der früheren Firma Herr **Hermann Gregor** als Director der Actien-Gesellschaft gewonnen.

Das gesammte Grund-Capital ist auf 3,600,000 Thlr. vertheilt in18,000Actien à 200 Thlr. festgesetzt, von denen die Herren **C. G. Kramsta & Söhne** sich die Summe von 1 Million Thaler vorbehalten haben. Die übrigen 2,600,000 Thlr. sind bei der Consituirung der Gesellschaft fest übernommen; hiervon soll die Summe von **2,000,000** Thlr. zur öffentlichen Subscription unter den nebenstehenden Bedingungen aufgelegt werden.

Zeichnungs-Bedingungen.

1. Die Zeichnung findet al pari nebst laufenden Zinsen à 5% vom 1. September 1871 an

am 2. und 4. December a. c.

in **Berlin** bei der **Deutschen Union-Bank**,
„ do. bei den Herren **F. W. Krause & Co.** Bank-Geschäft,
„ **Breslau** bei dem **Schlesischen Bank-Verein**,
„ do. bei den Herren **Gebr. Guttentag**,
„ **Bielefeld** bei den Herren **Fritz v. Hartmann & Co**,
„ **Braunschweig** bei den Herren **Gebr. Löbbecke & Co.**,
„ **Bremen** bei den Herren **J. Schulze & Wolde**,
„ **Cöln** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bank-Verein**,
„ **Danzig** bei dem **Danziger Bank-Verein**,
„ **Dresden** bei der **Sächsischen Creditbank**,
„ **Halle a. S.** bei dem Herrn **H. F. Lehmann**,
„ **Hamburg** bei der **Commerz- & Disconto-Bank**,
„ **Hannover** bei den Herren **M Blumenthal's Nachfolger**,
„ **Königsberg** bei der **Königsberger Vereins-Bank**,
„ **Leipzig** bei dem Herrn **H. C. Plaut**,
„ **Magdeburg** bei dem **Magdeburger Bank-Verein von Klincksieck, Schwanert & Co**,
„ **Oldenburg** bei der **Oldendurgischen Spar- und Leih-Bank**,
„ **Posen** bei den Herren **Bniński, Chłapowski, Plater & Co.**
„ **Stettin** bei der **Stettiner Vereins-Bank**
statt;

2. bei der Zeichnung sind 10% des Nominal-Betrages in Baarem oder coursmässigen Effecten zu hinterlegen;
3. im Falle einer Ueberzeichnung findet eine verhältnissmässige Reduction sämmtlicher Anmeldungen statt;
4. die Subscribenten erhalten gegen Erlag des Emissionspreises vom **11. December a. c.** ab für die zugetheilten Beträge Zusagescheine, welche baldmöglichst, gegen Actien mit Dividendenscheinen vom 1. September 1871 an umgetauscht werden;
5. der Bezug der Stücke hat an denselben Stellen zu geschehen, an welchen die Subscription stattgefunden hat;
6. am **20. December a. c.** erlischt das Bezugsrecht der bis dahin nicht erhobenen Stücke und verfällt die hinterlegte Caution.

Blanquette zur Subcriptions-Erklärung und Prospecte können an allen Subscriptionsstellen in Empfang genommen werden.

Berlin und Breslau, den 25. November 1871.

Deutsche Union-Bank in Berlin. | **Schlesischer Bank-Verein** in Breslau. | **Gebr. Guttentag** in Breslau.

Der Bürgermeisterposten in der Stadt Schroda mit einem jährlichen Gehalte von 600 Thlr. ist zu besetzen. Vollständige Kenntniß beider Landessprachen in Schrift und Wort ist nothwendig. Bewerber um diesen Posten, welche die dazu nöthige Befähigung zu haben vermeinen, wollen sich bis zum 15. Dezember c. unter Beifügung der über ihre Befähigung sprechenden Atteste schriftlich an den Unterzeichneten melden.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung.
v. Gozdziewski.

Handels-Register.

Zufolge Verfügung vom 27. November d. J. ist heute eingetragen:

1) in unser Firmen-Register bei Nr 1044 die Firma **Salomon Friedenthal** zu Posen ist erloschen;
2) in unser Gesellschafts-Register unter Nr. 183 die in Posen seit dem 1. November d. J. unter der Firma **Friedenthal & Unger** bestehende offene Handelsgesellschaft und als deren Gesellschafter:
   1. der Kaufmann Salomon Friedenthal,
   2. der Kaufmann Samuel alias Salo Unger,
   Beide zu Posen;
3) in unser Handels-Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 293 die von dem Kaufmann **Salomon Friedenthal** zu Posen für seine Ehe mit **Sara Unger** durch Vertrag vom 2. November 1871 ausgeschlossene Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes.

Posen, den 28. Novbr. 1871.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Posen auf der Vorstadt St. Adalbert unter Nr. 90, St. Adalbertstraße Nr. 41 belegene dem **Joseph Rogozinski** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 1,13 Morgen, zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 1874 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Donnerstag, den 14. Dezember d. J.
Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des Königl. Kreisgerichts hierselbst Zimmer Nro. 13 versteigert werden.

Posen, 6. September 1871.
Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
Ryll.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Dupiewiec** unter Nr 8 belegene, dem Wirth **Franz Tomkowiak** und dessen Ehefrau **Regina** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 54,61 Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 52 Thlr. 29 Sgr. 4⅘ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 20 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Mittwoch den 14. Februar k. J.
Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des königlichen Kreisgerichts hierselbst, Zimmer Nr. 13 versteigert werden.

Posen, den 23. Novbr. 1871.
Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
Ryll

Nothwendiger Verkauf.

Die in dem Dorfe **Wegierki**, Wreschener Kreises, belegenen 3 Grundstücke, sub Nr. 4, Vol. 23, pag. 33, dem Wirth Anton Malewicz und dessen Ehefrau Angela, geb. Gorzelniowska, sub Nr. 13A und 24 im Hypothekenbuche Vol. 23/55. Pag 225 und 273/145 seqq eingetragen, dem Müller Michael Zerbin gehörig, von denen Nr 4 mit einem Flächeninhalt von 16 Hektaren 34 Aren, 30 Quadratstab, und Nr. 13A und 24 zusammen mit einem Flächeninhalt von 30 Hektaren, 17 Aren., 40 Quadratstab der Grundsteuer unterliegen und von denen ersteres mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 58 Thlr. die beiden letzteren mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 117,32 Thlr. und das erstere zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 20 Thlr. die Nr. 13A mit einem Nutzungswerthe von 16 Thl., die Nr. 24 hierzu gar nicht veranlagt ist, sollen im Wege der nothwendigen Subhastation

Donnerstag, den 1. Febr. k. J.,
Nachmittags um 4 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Wreschen den 9. Okt. 1871.
Königliches Kreisgericht.
Der Subhastationsrichter.

Nothwendiger Verkauf

Das in dem Dorfe **Garaszewo** unter **Nr. 2** belegene, dem Wirt **Michael Szymański** und dessen Ehefrau **Catharina, geb. Rodziczak** gehörig Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 7,08 Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 6 Thlr. 8 Sgr. 1⅕ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 25 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Mittwoch den 31. Januar k. J.,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königl. Kreisgerichts Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 16. November 1871.
Königliches Kreisgericht.
Der Subhastationsrichter.
Ryll.

Dienstag den 5. Dez. c.
11 Uhr Vormittags

sollen in den Kurniker Forsten (Revier Mieczewo) 120 Stück Eichen-Bauholz im Wege des Meistgebots verkauft werden.

Die Forstverwaltung.

Holz-Verkauf.

In den Grätzer Forsten sollen an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden:

1) **Montag d 4. Dez. c.**, früh 9 Uhr, im Revier Bukowiec, Jagen 85. bei Bukowiec, an der Roser Grenze circa 200 Raummeter Kiefern-Scheitholz, 20 Klaftern weich Stockholz.

2) **Mittwoch den 6. Dez. c.**, früh 9 Uhr, im Revier Jastrzębnik, Jagen 8., am Jastrzębniker Felde:

100 Raummeter kiefern Scheitholz,
76 Raummeter hart Stockholz,
400 " weich Stockholz.

Die Forstverwaltung.

Ein neu und massiv erbautes

Haus,

auf der frequentesten Straße in **Ostrowo** zu jedem Geschäft geeignet, ist preismäßig zu verkaufen. Näh. in der Exp. d. Ztg.

Syphilis, Geschlechts- u Hautkrankheit. heilt brieflich, gründl. u. schnell Specialarzt **Dr. Meyer,** Kgl. Oberarzt **Berlin** Leipzigerstr. 91

Ueber
Frauenkrankheiten
bin ich des Nachmittags von 3 bis 5 Uhr in meiner Wohnung zu consultiren.
Dr. Lehmann,
Breitestraße 11.

Privat-Entbindungs-Anstalt.
ein **bewährtes Asyl** für secrete Entbindungen. Adresse Dr. **A. M. 49.** poste restante **Berlin.**

Avis

für die Herren Besitzer von Ziegeleien, Kalk- und Cement-Brennereien.

Periodische und kontinuirliche Ziegel-, Kalk- und Cement-Brennöfen erbaut solide und unter Gewährung von Garantie der Unterzeichnete. Anlage-Kapital in 4—6 resp. 2—4 Jahren durch Brennstoff-Ersparnisse (25 resp. 60—70%) amortisirt! Sehr harter und egaler Brand! Reine Farbe! Preis: 1 bis 2 Tausend resp. 4—7 Tausend Thaler.

P. Goldbeck,
Privat-Baumeister.
Obernigk i. Schlesien.

Stenographie

nach Stolze.
Meldungen zum Cursus nimmt entgegen
S. Rolle, Neuestraße 4.

Neue starke **Kohlenwagen,** darunter ein leichter 4zöllig stehen zum Verkauf.
J. Schneider,
Warschauerthor 5.

Bekanntmachung.

Es wird beabsichtigt, die der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen Grundstücke Nr. 7 und 8 der Schweidnitzerstraße hierselbst, in deren ersterem zur Zeit der Marstall und die Feuerwehr sich befindet, vorbehaltlich der Genehmigung der Königlichen Regierung, aus freier Hand zu veräußern. Die genannten Hausgrundstücke, welche vermöge ihrer Lage in einem der belebtesten Stadttheile zur Einrichtung von Geschäftslokalen vorzüglich geeignet sind, haben an der Schweidnitzerstraße eine Frontlänge von circa 50,21 Meter (160 Fuß), längs der Schloßohle eine Tiefe von circa 98,55 Meter (314 Fuß) und einen Flächen-Inhalt von zusammen circa 47,51 Ar (335 □Ruthen).

Indem wir auf diese Grundstücke hiermit öffentlich aufmerksam machen, erklären wir uns bereit, mit Kauflustigen wegen Feststellung der Kaufbedingungen in direkte Unterhandlung zu treten, und bemerken schließlich, daß die Uebergabe voraussichtlich schon Anfang des Jahres 1872 würde erfolgen können.

Breslau, den 29. September 1871.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Monats-Uebersicht der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.		Przegląd miesięczny Banku prowincyalnego W. X. Poznańskiego.	
Activa.		**Activa.**	
Geprägtes Geld . . Thlr.	330,840.	Pieniądz bity	330,840 Tal
Noten der Preußischen Bank u. Kassen-Anweisungen Thlr	25,330.	Banknoty pruskie i bilety kassowe . . .	25,330 -
Wechsel	1,733,870.	Weksle	1,733,870 -
Lombard-Bestände . . .	371,380.	Remanenta Lombardu	371,380 -
Effekten	7,600.	Efekta	7,600 -
Grundstück und diverse Forderungen	62,670.	Kamienica i rozmaite pretensye	62,670 -
Passiva.		**Passiva.**	
Noten im Umlauf . Thlr.	965,920.	Noty w obiegu będące	965,920 Tal
Forderungen von Korrespondenten	1,840.	Pretensye od Korrespondentów	1,840 -
Verzinsliche Depositen mit zweimonatlicher Kündigung	296,200.	Depozyta z 2miesięcznem wypowiedzeniem	296,200 -

Posen, den 30. November 1871.
Die Direktion.
Hill.

Poznań, 30. Listopada 1871.
Dyrekcya.
Hill.

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir in **Wreschen** die **Agentur** unseres Kommissions-Geschäfts und haben dieselbe

Herrn **Felix Rakowski**

dort übertragen.

Bank für Landwirthschaft und Industrie
Kwilecki, Potocki & Co.

Rath und Hilfe für Brustkranke.

Mit inniger Freude will ich hiermit mein Dankgefühl ausdrücken gegen Herrn Dr Reimann in Berlin, Schützenstr. 30, welcher mich durch seine Arzneimethode von einer qualvollen Lungentuberkulose befreite. Ohne mich während des schrecklichsten Stadiums der Krankheit gesehen zu haben, konnte ich nach dreimonatlicher schriftlicher Behandlung das Bett verlassen. Wie übermenschlich ich gelitten, ist kaum zu beschreiben, heftige Schmerzen, schlaflose Nächte, beängstigende Erstickungsanfälle, Blutsturz Auswurf und Lungenfieber brachten mich dem Rande des Grabes nahe und ließen kaum eine Linderung, geschweige denn Heilung erwarten, da alle angewandten früheren Kuren erfolglos waren. Doch die Mittel des Herrn Dr. Reimann wurden von dem besten Erfolge gekrönt, so daß ich mit inniger Freude an diesen Arzt denken und sein segensreiches Wirken verehren kann. Wenn dieses mir aus Dankbarkeit auferlegte Bekenntniß zum Vertrauen auf meinen Retter und somit zur Rettung vieler Leidenden beitragen wird, so ist mein herzlichster Wunsch erfüllt.

Groß-Babanen in Ostpreußen. Auguste Wagner.

Die Hornknopf-Fabrik

von
Beer & Sommer in **Breslau,**
Ohlauerstraße Nr. 65,
kauft trockene Rindsklauen und Pferdehufe.

Kalte Füße heißt Tod! Warme Füße heißt Leben!

Das **Beste** um warme und trockene Füße zu erhalten sind die neuen **Lederschuhe** mit **Holzsohlen.** Dieselben sind in Posen nur allein zu haben bei

Mannheim Wolffsohn,
Markt Nr. 8, Eingang Kränzelgasse.

Patent-Ringöfen

zum Brennen von Ziegeln, Kalk, Thonwaaren, Cement und Gyps nach **Hoffmann und Licht's Erfindung** und neuesten Vervollkommnungen ersparen bei Verwendung von Brennstoff jeglicher Art 2 Drittel und übertreffen hinsichtlich des zu producirenden Quantums und der Güte des Fabricats alle Leistungen der Oefen älterer Construction. Gegenwärtig sind ca. 700 im Betriebe.

Diese Oefen erhielten bei allen Betheiligungen auf Ausstellungen die ersten Preise: In London 1862 die **Medaille honoris causa,** Paris 1867 den **GRAND PRIX,** Stettin 1865, Wittenberg 1869, Namur 1869 goldene, Cöslin 1860, Riga 1871 **silberne Medaillen,** Cassel 1870 Ehrendiplom wegen **„anerkannt unübertroffener Leistung"**; ferner von der „Société d'encouragement pour l'industrie nationale" zu Paris 1870 die höchste, einem Ausländer bestimmte Auszeichnung, die **goldene Medaille** etc. Nähere Auskunft und Beschreibung unentgeltlich durch

Friedrich Hoffmann,
Baumeister und Civilingenieur, Vorsitzender des Deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln etc.
Berlin, Kesselstrasse 7.

Das Ingenieur-Bureau von
Friedrich Hoffmann, Berlin, Kesselstrasse 7,
liefert Pläne zur Einrichtung
ganzer Ziegeleien mit Hand- oder Maschinenbetrieb, zu ***Kalkwerken und Portlandcement-Fabriken, Eisenbahnen einfachster Construction***
zum Transport von Erden, Mineralien etc., welche mit den einfachsten und wohlfeilsten Mitteln ausgeführt werden können.
Siemens'sche Gas-Schmelzöfen
zu Glas- und metallurgischen Zwecken nach Anleitung und unter Mitwirkung des Erfinders.
Schwebende Drathbahnen,
nach Anleitung und unter Mitwirkung des Erfinders, Freiherrn von Dücker.

Deutsche Töpfer- und Ziegler-Zeitung,
redigirt von Herrn *Albr. Türrschmiedt,* ercheint alle 14 Tage. Abonnement pro Quartal 20 Sgr Bestellung nimmt jede Post-Anstalt sub 1. Abth. No. 670 des Norddeutschen Bundes-Zeitungs-Preiscourants pro 1871 an.

Näheres über A. Deiningers Patent aus Vegetabilien aller Art, namentlich Stroh,
Papierstoff herzustellen,
der an Härte und Festigkeit dem Halbzeug aus Lumpen nahe kommt und bedeutend wohlfeiler als jeder andere Stoff ähnlicher Art ist, durch
Friedrich Hoffmann, Berlin, Kesselstraße 7.

Nach Vollendung des Einhaufens hat sich herausgestellt, daß von dem besten und deshalb am meisten zusammengetrockneten

Torfe

einige hundert Stück mehr wie gewöhnlich im Haufen sind, und können diese Haufen erster Klasse deshalb nur für zwei Thaler abgegeben werden. Im nächsten Jahre wird der verschiedenen Quantität wegen nach Tausenden verkauft zu 25 Sgr.

Ludomer
Dominial-Verwaltung.



Sechs sprungfähige
Bullen,
Holländer und Oldenburger Kreuzung, stehen auf Dom. **Czerleino** bei Kostrzyn zum Verkauf.



Das Dominium **Jaraczewo,** Kreis Schrimm, hat
9 Stück kernfette junge Ochsen,
der Shorthorn Race, per 15. Dezember c. zum Verkauf.



Vollblut-Stammheerde
Gallnau,
Tochterheerde aus **Saatel.**
4. Auktion
über 42 sprungfähige Merino-Kammwoll-Böcke
am 15. Dec. 1871
Mittags 12 Uhr.

Bei den landwirthschaftl. Ausstellungen zu Marienwerder 1867, Bromberg 1868, Königsberg 1869 wurden der Heerde die ersten Preise zuertheilt.

Gallnau b. Freistadt W.-Pr.
Otto Schütze.

Corsetts

von 10 Sgr. an empfiehlt
F. Hampel,
Breitestr. 18b.

Dr. Vardy's Inject. Fl. 20 Sgr. heilt schnell u. sicher jed. **Ausfluß** der **Harnorgane.** Aerztl. Institut Direktor **W Mix.** Berlin, Schleuse 4.

Hausapotheken
mit allen nöthigen Medikamenten gefüllt empfiehlt, namentlich den Familien auf dem Lande, ***Elsners*** Apotheke.

Franzen
in den neuesten Farben
Kleiderknöpfe
in größter Auswahl empfiehlt
F. Hampel,
Breitestr. 18 b.